



Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mr.
Der Courier ist in die Postleitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachr., Sonntags geschl.

Redaktionsschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bücher und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 14.

Berlin, den 5. April 1908.

12. Jahrg.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des 5. Verbandstages geben wir nachstehend die mit den beteiligten Organisationseinheiten vereinbarte Aenderung in der Gauorganisation des Verbandes bekannt.

Die Verwaltungsstellen Berlins und Umgegend scheiden aus dem Gau 3, Provinz Brandenburg, aus und bilden einen besonderen Gau unter der Bezeichnung „Bezirk Groß-Berlin“.

Die Leistung der agitatorischen und organisatorischen Aufgaben in diesem Bezirk ist nach Maßgabe der Bestimmungen des § 20, Abs. 3—6, einem aus 18 Mitgliedern bestehenden Bezirksvorstand übertragen. Als dessen verantwortliche Funktionäre wurden bestimmt:

August Werner, 1. Vorsitzender.

Wilhelm Knüttner, 2. Vorsitzender.

Paul Liebenow, Sekretär.

Paul Steinicke, Bezirksklassierer.

Fromle, Mittel, Spädermann, Revisoren.

Der Bezirksleitung sind folgende Aufgaben übertragen:

1. Leitung sämtlicher im Aktionsgebiet zu führenden Lohnbewegungen und Erledigung der dadurch bedingten agitatorischen, statistischen und sozialen Arbeiten.

2. Einleitung und Durchführung einer zweckmäßigen Agitationstätigkeit für alle Branchen und Orte des Aktionsgebietes.

3. Leitung der Arbeits-Nachweise und Bibliotheken.

4. Regelung der Beitragsklassierung und Zeitungsbefestigung.

5. Erledigung aller weiteren, die Mitgliedschaften Groß-Berlins betreffenden wichtigen Fragen.

Die im Bezirk Groß-Berlin domizillierenden Verwaltungen und Sektionen sind nunmehr verpflichtet, alle Anträge auf Einleitung von Lohnbewegungen, Mitteilungen über Differenzen etc., zunächst an die Bezirksleitung zu richten. Diese hat die entsprechenden Anträge mit den nötigen Unterlagen versehen, dem Verbandsvorstand zur Beschlussfassung zu unterbreiten, sowie alle weiteren Vereinbarungen mit demselben zu treffen.

Die zur Führung von Lohnbewegungen notwendigen Sitzungen und Versammlungen sind vom Bezirksvorstand bzw. dessen Beauftragten zu arrangieren und zu leiten.

Mit dem 1. April d. J. sind außerdem sämtliche Funktionen der Arbeitsnachweis- und Bibliotheks-Kommission auf die Bezirksleitung übertragen worden.

Alle die Agitation und Organisation im Bezirk Groß-Berlin betreffenden Angelegenheiten sind an die Adresse des Vorsitzenden Kollegen August Werner, alle Kassenangelegenheiten an den Kollegen Paul Steinicke, Engel-Ufer 14/15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 84/86 zu richten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Oswald Schumann.

Ist der Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise notwendig?

So mancher unserer Leser wird diese Frage als überflüssig halten; für viele Kollegen ist es vielleicht klar, daß eine gute Gewerkschaft gerade der Arbeitsvermittlung ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden hat. Das ist aber nicht aller Überzeugung und es geschieht leider auch an vielen Orten gar nicht, an anderen nicht minder zahlreichen, in mehr oder weniger ungenügendem Maße. Es kommt dies lediglich davon, weil die Arbeitslosigkeit auf unsere Berufskollegen meist nur in den Großstädten fühlbar drückt, in den Mittel- und Kleinstädten aber weniger zu spüren ist. Dennoch ist es verfehlt, wenn nicht überall die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung nach bestem Können ausgebaut wird, weil solche Nachlässigkeit nicht zu versennender Weise hemmend und störend auf die gesamte Berufshebung und die Förderung der Lohnverhältnisse einwirken muß und tatsächlich auch einwirkt. Diese aus unserer langjährigen Erfahrung resultierende Behauptung wollen wir gleich beweisen.

In den allermeisten Orten ist bei den arbeitslosen Kollegen noch die leidige Gewohnheit des Umschauens üblich, eine Gewohnheit, die, das wollen wir offen zugeben, nur schwer zu beseitigen ist. Betrachten wir uns aber einmal die Unsumme von Schändigungen der Berufsverhältnisse, die Masse von persönlichen Misshelligkeiten und Unannehmlichkeiten, die seine Folge sind, dann muß es uns klar werden, daß keine Mühe zu viel, keine Kosten zu hoch sein dürfen, um diesen Krebschäden gründlich zu beseitigen.

Wer schon einmal arbeitslos gewesen ist und zum Umschauen nach Arbeit bei den einzelnen Firmen gezwungen war, der weiß es bis zum Überdruck, wie einem zu Mute, der an hundert Türen angelost hat und immer wieder, nur zu oft in bitter verhöhrender Form, mit seiner Bitte um Arbeit abgewiesen worden ist. Einem solchen armen Teufel paßt höchstens die Verzweiflung und in seinem seelisch deprimentienden Zustande, greift er dann zum Stockbalm, zur Arbeit um jeden Preis, für jeden Lohn, er wird schließlich sogar zum Vertrater an seinen eigenen Kollegen, zum Streitbrecher. Durch längeres vergebliches Suchen nach Arbeit eingeschüchtert, wagt er es, falls er endlich welche gefunden, auch nicht so leicht den Zutaten des Arbeitgebers so zu begegnen, wie ein freier Arbeiter dieses seinem Ich als Mensch ohne weiteres schuldig ist.

Anderseits wirkt das Umschauen der Arbeitslosen auf die Unternehmer, geradezu anfeuernd zur Lohndrückerei und vermehrten Ausbeutung seiner Angestellten. Es ist dies auch ganz natürlich. Wenn Tag aus Tag ein verschiedene Arbeitsuchende vorschreiten, dann wird es dem Unternehmer klar, daß es nur eines Winkes seinerseits bedarf, um für hochbetriebige Arbeiter sich willigeren und vielleicht auch billigeren Erfolg zu verschaffen. Sein erstes Wort ist dann, wenn sich ein Arbeiter über die Dauer der Arbeitszeit oder das Unzulängliche des Lohnes beschwert:

„Wem's nicht paßt, der kann gehen“ oder „Ich bekomme für Euch hundert andere“ oder „Die Arbeitsuchenden laufen mir das Haus ein und sind froh, wenn sie für die von mir gebotenen Bedingungen Beschäftigung finden“. Das können sich die Kollegen dann jeden Tag anhören. Das Umschauen in den Betrieben stellt dem Unternehmertum auch bei bevor-

siehenden Lohnbewegungen den Rücken. Weiß es, daß genügend Arbeitslose vorhanden sind, so läßt man es öfter und leichter auf einen Kampf ankommen, als wenn man weiß, daß Arbeitslose nur in geringer Zahl vorhanden sind.

Das Umschauen nach Arbeit in den Betrieben ist also für die Arbeiter ein Grundbegriff im wirtschaftlichen Kampfe, das mit allen verfügbaren Mitteln beseitigt werden muß.

Das beste und einzige Mittel zu seiner Entfernung ist aber ein von der Gewerkschaft eingerichteter und gut geleiterter Arbeitsnachweis. Was in dieser Beziehung von der Kollegenschaft noch geleistet werden kann, das haben die vereinigten Berliner Arbeitsnachweise im Jahre 1907 gezeigt. Während in allen unseren Verbandsarbeitsnachweisen in ganz Deutschland die Zahl der insgesamt angemeldeten Stellen von 2682 im Jahre 1899 auf 12 784 im Jahre 1906, die der unserselbst besetzten Stellen im gleichen Zeitraum von 2041 auf 7910 stieg, haben die vereinigten, einheitlich verwalteten Berliner Arbeitsnachweise für das Jahr 1907 allein 16 080 gemeldete und 12 417 besetzte Stellen auszuweisen.

Diesen wahrhaft riesenhaften Wissenswert verbanden die Berliner einer systematisch geordneten, flächigen, mit allen Finessen der modernen Bekanntmachungskunst betriebenen Ressource. Die Berliner verstanden es, sogar preußisch-staatliche Organe vor ihren Ressourcen zu spannen. Freilich, ohne daß diese das gemerkt.

Erzielt wurden diese imposanten Bahnen, trotzdem es gerade in Berlin von privaten Stellenvermittlern jeder Art und jeder Branche nur so wimmelt, trotzdem hier Vereins-, Wohltätigkeits-, partikuläre und Unternehmerarbeitsnachweise im Überflusse bestehen. All jene können mit uns nicht konkurrieren, weil ihnen die Masse der Berufsarbeitslosen fehlt, der die fast ausschließliche Bewirfung der gewerkschaftlichen Vermittlung in mühevoller, jahrelanger Arbeit anverzogen worden ist.

Gewiß kostete die verschiedenartigste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit einen schönen Rahmen Geld, welches sich indes schon mit Rücksicht auf die ersparte Arbeitslosenunterstützung nicht unrechtfertigt verzinst, sondern wohl gänzlich amortisiert hat. Gar nicht zu rechnen der gewaltigen Propaganda, die diese fruchtbare Verbandsfähigkeit auf die indifferenten Berufskollegen ausübt. Wir können mit Stolz behaupten, daß es heute in Deutschland keine einzige gewerkschaftliche Organisation, selbst kleinen Arbeitgeberverbänden gibt, der auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung gleiche Erfolge aufweisen kann. Das muß alleroft unsere Kollegen zu vermehrter Tätigkeit für den Ausbau der Arbeitsnachweise anspornen. Gewiß, in gleicher Weise wird das Werk nicht überall gelingen, aber überall wird energische Arbeit auf diesem Gebiete den Kollegen und der Organisation reichen Segen bringen.

Schon zeigt sich am Horizont des wirtschaftlichen Kampfes eine Wölfe, die gar leicht um vieles Sonnenlicht nehmen kann, wenn die Kollegenschaft nicht bei Seiten auf dem Posten ist. Die Arbeitgeber haben erkannt, welch schneidige Waffe gegen alle Arbeitsbeschaffungen ein Arbeitsnachweis in ihren Händen ist. Die Schafsmacherverbände sind folgedessen mit allen Mitteln bestrebt, die Arbeitsvermittlung in ihre Straßen zu bekommen, sorgen wir bei Seiten dafür, daß Ihnen das Werk nicht gelingt, indem wir die Kollegenschaft an die Bewirfung der Gewerkschaftsarbeits-

nachweise gewöhnen und so die Unternehmer zwingen, ihren Bedarf hier einzubedienen. Der Verein Hamburger Fuhrherren von 1845 hat ihrerlich in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ folgende Auslassungen veröffentlicht:

„Der Leitartikel in Nr. 7 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ gibt uns Anlass, unsere ernsten Bedenken gegen die von dem Herrn Regierungsrat Dominicus veröffentlichten Vorschläge zum Ausdruck zu bringen, indem wir unseren Berufsgenossen anheim geben, mit allem Nachdruck gegen die Ausführung der artiger Pläne Front zu machen. In erster Linie müssen wir die Regelung der Arbeitsvermittlung auf der von Herrn Dominicus vorgeschlagenen bürokratischen Grundlage als durchaus ungeeignet speziell für das Transportgewerbe erachten. Ganz abgesehen davon, daß vom Standpunkte des Arbeitgebers aus die größten Bedenken gegen das System paritätischer Arbeitsnachweise überhaupt vorliegen, können die unter staatlicher oder kommunaler Leitung stehenden Arbeitsvermittlungsstellen keinesfalls den verschiedenartigsten Bedürfnissen des Fuhrgewerbes genügen. Die Arbeitsvermittlung in diesem Berufszweige muß, wenn sie beiden Teilen nützlich sein soll, unter der Leitung von Fachmännern stehen, die in der Lage sind, sowohl die Anforderungen der Arbeitgeber, wie auch die Qualifizierung der Bewerber für diese oder jene Stelle zu beurteilen, aber mit anderen Worten, jeweils den richtigen Mann für die richtige Stelle auswählen können.“

Die Verhältnisse im Verkehrsgewerbe bedingen eine schleunige Besetzung der freien Stellen, so daß in den meisten Fällen eine vorherige eingehende Prüfung der Bewerber von Seiten der Arbeitgeber nicht möglich ist; diese müssen vielmehr darauf rechnen können, daß dies von den Vermittlungsstellen geschieht. Wenn der Herr Regierungsrat die zweifellos sehr erheblichen Kosten der nach seinem Plane eingerichteten Arbeitsnachweise den Gemeinden übertragen will, so glauben wir kaum, daß diese davon sehr erhabt sein werden. Die Hamburgische Bürgerschaft z. B. würde sich unseres Erachtens unbedingt sträuben, einer Vorlage zuzustimmen, die zu gunsten einzelner die Allgemeinheit belastet und ein Anziehen der Gewerkschäfte erforderlich machen müßte; es würde also auch wohl in diesem Falle darauf hinauslaufen, daß die Gesamtkosten der Einrichtung dem Arbeitgeber aufgebürdet würde. Wenn dem schon so ist, so erscheint es uns vollkommen gerechtfertigt, wenn man es auch jenen überläßt, die von ihnen bezahlten Vermittlungsstellen nach eigenem Ermessen einzurichten, immer natürlich unter Beachtung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Herr Dominicus erwartet von den nach seinem Vorschlägen eingerichteten Vermittlungsstellen und -Verbänden einen Ausgleich des Arbeitsmarktes im ganzen Reiche; wir fürchten, daß er in dieser Hinsicht arge Täuschungen erleben würde. Wohl würde damit erreicht werden, daß den Großstädten noch mehr als bisher ungesehene Arbeiter zuströmen, niemals aber kann erwartet werden, daß ein Überschuß der Arbeitskräfte der Großstädte und Industriestädte im größeren Umfang nach dem Lande abgeschoben werden könnte. Nach der von unserem eigenen Arbeitsnachweis geführten Kontrolle sind in Hamburg seit Monaten mehrere hundert Kutschler wegen Arbeitsmangel stellensuchend; wir sind davon überzeugt, daß hier von noch nicht 10 p.C. den Versuch gemacht haben, auf dem Lande Arbeit und Verdienst zu finden, obgleich ein großer Teil von dort flaniert und es an Vermittlungsstellen hierfür gewiß nicht fehlt.

Soviel über die Grinde, welche unseres Erachtens im allgemeinen gegen die Errichtung staatlicher paritätischer Arbeitsvermittlung sprechen würden; wir wollen nun noch kurz auf diejenigen Bedenken hinweisen, welche wir von unserm Standpunkt aus und im Interesse der Selbstbehauptung sagen müssen. In den Kämpfen, die wir jahrein und jahraus mit der organisierten Arbeiterschaft zu führen gezwungen werden, müssen wir unter allen Umständen die wenigen uns zur Verfügung stehenden Waffen scharf zu erhalten suchen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in den eigenen Arbeitsnachweisen die beste und wirksamste Mittlung zu erblicken ist, ohne welche Erfolge kaum zu erzielen sind. Das Verkehrsgewerbe kann längere Lähmung durch Streik oder Aussperrungen nicht ertragen, selbst dann nicht, wenn es durch Zusammenschluß in größeren Verbänden gegenüber Falles auf moralische und pekuniäre Hilfe rechnen könnte. Dasselbe ist daher im hohen Maße auf Selbsthilfe angewiesen und muß unter allen Umständen einen längeren Stillstand der Betriebe zu verhindern suchen. Dies ist nur mit Hilfe der unterliegenden Masse stehenden Arbeitsnachweise zu ermögli-

chen, die nach dem Muster des Herrn Dominicus eingerichteten paritätischen Vermittlungsstellen würden in solchen Fällen allemal versagen.“

Wir sehen aus diesem Artikel nur zu deutlich, wohin die Fahrt gehen soll. Dem Unternehmertum in dieser Sache bei Seiten den Weg zu vertrammeln, das muß unsere ernste Aufgabe sein. Wir können dies wenn wir wollen. Da die Unternehmer die paritätischen Arbeitsnachweise bekämpfen, haben auch wir keine Ursache, für solche Institutionen zu schwärmen, wenigstens so lange nicht, als die übergroße Mehrheit besagter Institute im Sinne des preußischen Postzettelgesetzes geleitet werden. Haben wir doch bisher nur mit einem einzigen paritätischen Arbeitsnachweis, dem Stuttgart, halbwegs gute, mit allen andern aber mehr oder minder böse Erfahrungen gemacht. Ehrliche Fuhrleute, gute Packer, zuverlässige Chauffeure, sind auch heute noch eine so gesuchte Ware, daß sich die Herren Unternehmer, um solche zu ergattern, sich nach dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis bemühen. Um den Herren den Gang zu erleichtern, braucht man ja nicht die Verbandsstiftung über dem Arbeitsnachweis und auf seinen Bekanntmachungen anzubringen; unsere Berliner Kollegen haben diesbezüglich reichliche Auswege gefunden, die den Kollegen allerorts zur Nachahmung bestens empfohlen werden können.

Die Zentralleitung unseres Verbandes ist gerne bereit, den Verbandskollegen in diesen Dingen beratend und berauschend zur Seite zu stehen.

Man beachte also überall, daß der Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise eine dringende Forderung des Tages ist.

Tarifabschluß mit Kaiser's Kasseegeschäft in Breslau.

Ein neuer Tarif, der beachtet zu werden verdient, ist in der hiesigen Filiale der Firma Kaiser's Kasseegeschäft G. m. b. H. für die dort beschäftigten 21 Arbeiter und 47 Arbeiterinnen abgeschlossen worden.

Durch den Abschluß wurde die Arbeitszeit pro Woche um 1 Stunde verkürzt. Die tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden wurde vorläufig beibehalten, jedoch beträgt dieselbe an den Sonntagen nur acht Stunden, so daß an diesem Tage um 4 Uhr Schlaf ist.

Die Löhne dagegen haben bedeutende Aufbesserungen erfahren.

Der Durchschnittsverdienst für Arbeiterinnen betrug nach dem alten Tarif 13,50 M., nach dem neuen Tarif 17,50 M. pro Woche. Der Durchschnittsverdienst für Arbeiter betrug nach dem alten Tarif 15,50 M., nach dem neuen Tarif 20,50 M. pro Woche.

Die Überarbeit für Arbeiter und Arbeiterinnen wird mit 20 p.C. (früher 15 p.C.) Zuschlag zu den festgesetzten Löhnen gezahlt.

Den Akkordarbeiterinnen wird die geleistete Überarbeitszeit mit 10 Pf. (vorher 5 Pf.) die Stunde extra vergütet.

Den Arbeitern, welche die Kaffee- und Malzrostmaschinen bedienen und infolge der Betriebsarten nicht in der Lage sind, die festgesetzten Pausen innezuhalten, wird dafür eine Extravergütung von 40 Pf. pro Tag bezahlt, gegen den alten Tarif 10 Pf. mehr.

Ein wesentlicher Vorteil liegt auch durch die neuen Vereinbarungen in der Einführung des Wochenlohns (früher Stundenlohn). Ein weiterer zu beachtender Vorteil für die Angestellten ist die Gewährung von Sommerurlaub. Nach einsähriger Arbeitsdauer wird ein Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes von 2 Tagen gewährt. In jedem folgenden Jahre erhöht sich die Dauer des Urlaubs um je einen Tag, bis zur Höchstdauer von einer Woche, gleich 6 Arbeitsstagen. Er wird gewährt in der Zeit von Pfingsten bis 31. Oktober. Streitigkeiten aus Anlaß des Tarifs werden durch den Geschäftsinhaber oder dessen Vertreter mit dem Arbeiterschaftsvertreter, Geber Arbeiter und jede Arbeiterin rückt sofort in diejenige Lohnklasse, welche bei Inkrafttreten dieses Tarifes ihrem Alter oder der Beschäftigungsduer entspricht. Der Vertrag tritt am 1. April 1908 in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. März 1910.

Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Kaiser's Kasseegeschäft und den in ihrem Breslauer Betriebe, Orlauerstr. 29, beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen werden nachstehende Vereinbarungen getroffen:

Regelung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen vom 1. April 1908 bis Ende März 1910 wie bisher 9 Stunden pro Tag, und zwar von 7—5 Uhr. Jedoch verpflichten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, im Bedarfsfalle mindestens eine Überstunde zu leisten, welche nach den in diesem Tarif festgelegten Bestimmungen zu bezahlen ist.

Zehn Minuten vor Beendigung der Arbeit erhält ein Klingelzeichen zum Wecken und Umkleiden, vorher darf niemand die Arbeitsräume verlassen.

Die Pausen sind festgesetzt morgens von 8 bis 8½ Uhr und mittags von 12—12½ Uhr. Sonnabends endet die Arbeitszeit um 4 Uhr.

Regelung des Lohnes für Arbeiter.

Den Arbeitern von 16—17 Jahren wird ein Wochenlohn von 13,50 M., von 17—18 Jahren 15 M., von 18—19 Jahren 16,20 M., von 19 bis 20 Jahren 17,40 M., von 20—21 Jahren 18 M. gezahlt. Für jedes weitere Halbjahr wird 10 Pf. pro Tag mehr gezahlt, bis zum Höchstbetrage von 24 M. pro Woche.

Regelung des Lohnes für Arbeiterinnen.

Arbeiterinnen, die nicht im Akkord arbeiten, erhalten einen Anfangslohn von 13,50 M. pro Woche, nach einem Jahre erhalten sie 14,40 M., nach einem weiteren Halbjahr 15 M. pro Woche, und auch weiterhin jedes Halbjahr 10 Pf. pro Tag mehr, bis zu einem Höchstwochenlohn von 18 M. Entgegen den Bestimmungen des Tarifes würden die Löhne der vorhandenen Arbeiter und Arbeiterinnen laut Anlage aufgebessert. Die weitere Aufbesserung erfolgt nur nach den Bestimmungen des Tarifes. Auch sind diese Bestimmungen für neu einzutretende Arbeiter und Arbeiterinnen unbedingt maßgebend.

Akkord-Löhne.

Arbeiterinnen, welche als Verleserinnen eingestellt werden, erhalten während der ersten 6 Tage ihrer Beschäftigung einen Tageslohn von 1,50 M. Nach dieser Zeit treten dieselben in das Akkordverhältnis. Es bleibt jeder einzelnen Arbeiterin überlassen, nach eigenem Ermessen die Frist von sechs Tagen abzukürzen.

Die Akkordlöhne regeln sich nach folgender Skala:

gebräuchten Klasse	Noblaßes
1—2 p.C.	30 Pf.
2—3 "	28 "
3—4 "	26 "
4—5 "	22 "
5—6 "	21 "
6—7 "	18 "

Überarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen wird mit 20 p.C. Aufschlag zu den festgesetzten Löhnen bezahlt.

Den Akkordarbeiterinnen wird die geleistete Überstundenarbeit mit 10 Pf. die Stunde extra vergütet. Den Arbeitern, welche die Kaffee- und Malzrostmaschinen bedienen, und infolge der Betriebsarten nicht in der Lage sind, die festgesetzten Pausen innezuhalten, wird dafür eine Extravergütung von 40 Pf. pro Tag bezahlt.

Tritt durch Motorstillstand und Reparatur der Maschinen eine Unterbrechung der Arbeitszeit ein, so ist diese den Verleserinnen mit 28 Pf. pro Stunde zu vergüten, sofern die Unterbrechung eine Mittelstunde übersteigt. Jedoch nur bis zur Höchstdauer von einem Tage.

Während dieser Zeit haben die Verleserinnen eventl. andere Arbeiten zu verrichten.

Wochenabschluß des Lohnes findet von Freitag zu Freitag statt.

Sommer-Uraub.

Nach einsähriger Arbeitsdauer wird ein Urlaub von zwei Tagen gewährt. In jedem folgenden Jahre erhöht sich die Dauer des Urlaubs um je einen Tag bis zur Höchstdauer von einer Woche, gleich 6 Arbeitsstagen. Der Urlaub darf nicht unterbrochen werden. Er wird gewährt in der Zeit von Pfingsten bis 31. Oktober. Anträge wegen einer bestimmten Urlaubszeit sind bis zum 1. April bei der Betriebsleitung einzureichen, welche dann die Zeit des Urlaubs für jeden einzelnen, den Anträgen entsprechend, feststellt. Der erste Urlaub wird bereits für das Jahr 1908 gewährt, der Lohn wird während der Urlaubsdauer fortgezahlt. Die Akkordarbeiterinnen erhalten eine Vergütung von 2,25 M. für jeden Urlaubstag.

Sonstige Bestimmungen.

Die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird wie folgt festgesetzt:

Bei Arbeitsverämlnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Ausschreibungen, Musterungen, sowie infolge von Erfüllung staatsbürgischer Pflichten (Schöffens- und Geichworendienst, Wahrnehmung von Terminen als Zeuge, Sachverständiger, Notar, Pfleger usw.) Teilnahme an Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung als gewählter Vertreter, endlich an Teilnahme von Feuerlöschdienst in der freiwilligen Feuerwehr findet ein Lohnabzug für die Dauer der notwendigen Abwesenheit nicht statt. Die für den Zeitverlust anderweitig gewährten Entschädigungen sind aber auf den Lohn für die verfürmte Zeit anzurechnen.

Bei Arbeitsverämlnis wegen persönlicher An-gelegenheiten, z. B. bei Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigenen Angelegenheiten, Anzeigen beim Landesamt, Eheschließung des Arbeiters, Geburten und Tausen in der eigenen Familie, Todesfälle oder schweren Erkrankungen der nächsten Angehörigen, Begegnungen der nächsten Verwandten und Nachbarn bleibt es, ohne daß dem Arbeiter ein Nachbaranspruch auf Lohn zusteht, dem Erwerben der Geschäftsleitung überlassen, den Lohn für die Dauer der Verhinderung zu gewähren.

Streitigkeiten.

Aus Anlaß dieses Tarifes werden durch den Geschäftsinhaber oder dessen Vertreter mit dem Arbeiterschaftsvertreter, sofern dieses von einer Seite gewählt wird.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin rückt sofort in diejenige Lohnklasse, welche bei Inkrafttreten dieses Tarifes ihrem Alter oder Verhältnis entspricht.

Diese Vereinbarungen gelten vom 1. April 1908 bis 31. März 1910 und gelten als ein Jahr verlängert, wenn keine der Parteien mindestens vier Wochen vor Ablauf der Vereinbarungsfrist kündigt. Bei Neuerstellungen im Betriebe ist möglichst der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Breslau, Bureau Nikolai-strasse 37 I, Telephon 9133, zu benutzen.

Breslau, den 16. März 1908.

Für die Firma:

gez.: F. Wieser.

Für den Verband:

gez.: S. Zimmer. F. Riedel.

Für den Arbeiterausschuß:

gez.: Carl Scharf. Martha Fronober. Berta Gluske. Wilhelm Kosmehl. Maria Hoffmann.

Söhne ab 1. April 1908 pro Woche:

Kosmehl, Paul 22 M., Göppert, Oskar 22 M., Wollmann, Friedrich 22 M., Kosmehl, Wilhelm 21.50 M., Pfleiderer, Josef 21.50 M., Göppert, Hermann 21.50 M., Flinger, Gustav 21 M., Scharf, Carl 21 M., Bersinsky, August 21 M., Karrasch, Josef 20.50 M., Knapp, Gustav 20.50 M., Stuhle, Max 20.50 M., Aderhold, Paul 20.50 M., Stuhle, Alfred 20.50 M., Baseli, Carl 20 M., Flinger, Paul 20 M., Langner, Robert 20 M., Globig, Georg 20 M., Scholz, Max 20 M., Haubitz, Ewald 19 M., Schuster, Bruno 15 M., Walzeburg, Pauline 14 M., Walzeburg, Elisabeth 14 M., Kruebel, Maria 14 M., Schlemuel, Hedwig 14 M., Suder, Ernestine, Ausseherin 18 M.

Außerdem ist auch den Angestellten des hiesigen Betriebes die Ruhnebung an der von der Firma eingeführten Unterstüzungskasse zugesichert, wonach in besonderen Notfällen Unterstützungen an die in Frage kommenden Angestellten gezahlt werden, was der Arbeiterausschuss zu prüfen und zu beschließen hat.

Hervorzuheben ist die Anerkennung des Vertreters der Firma aus Berlin, die er dem Arbeiterpersonal zollte. Seitdem die tariflichen Vereinbarungen getroffen sind, herrsche im Betriebe Frieden, es werde mit mehr Fleiß und Ausdauer gearbeitet. Auch sei das Interesse für das Geschäft reger geworden. Im Vertrag wird ausdrücklich erklärt, daß bei Neuaustellung von Arbeitern das Verbandsbureau benutzt werden soll.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Reklame oder Konkurrenzziel? Zwei bürgerliche Reklamabläter, "Der Chauffeur" und "Der Kraftwagen", welche sich nebenbei auch als die interessentenvertretenden Organe der Chauffeure ausspielen, hielten es wegen Mangel an Stoff für notwendig, einen Bericht über unsere letzte öffentliche Chauffeurversammlung zu bringen, dessen Ausschaffungen sich im Stil und mehreren Sätzen auffallend gleich sind. Neben der heillosen Wut und dem verbündeten Heil über unser Vorgehen, strohen beide Berichte von Unrichtigkeiten. Wahrscheinlich glauben die sich so gebildet Dämmenden, uns auf diese Art Anstand und Sitte zu lehren, was ihnen allerdings sehr fehlt. Diese Sorte Schriftsteller, welche uns gegenüber bei einer unwichtigen Namensverwechselung den von allen anständigen deutschen Schriftstellern und Redakteuren bestämpften Paragraph 11 des Preßgesetzes heranziehen, könnte jetzt, wenn wir uns mit ihnen auf gleiche Stufe stellen, in ausgiebiger Weise damit Bekämpfung machen. Vor allem ärgern sich diese Leute, wahrscheinlich im Interesse einiger Unternehmer, daß wir zu der besagten Versammlung keine Ausstellung von Geschwindigkeitsmessern arrangiert hatten und zur Erläuterung dieser Frage für die Kollegen nur einen von uns am idealsten gehaltenen Apparat vorführen ließen. Zu ihrem altergrößten Leidwesen ließen wir nun auch noch einen bürgerlichen Fachmann den Vortrag halten, was diese Elemente bis heute noch nicht verstehen können. Allerdings knüpfen gegen solche Dummkopftheit die Götter vergebens.

Bemerken wollen wir noch, daß der Herr Ingeneur Freund seinen Vortrag in unserem Auftrage und zu unserer allgemeinen Zufriedenheit gehalten hat. Die nachgesagte Reklame für gewisse Firmen haben uns erst die Hintermänner obengenannter Blätter inuptiert und am Ende zum "Trost" verschlechtert Neider selbstgemacht.

Die Undurchführbarkeit der neuen Verordnung über den Verkehr mit Automobilen wollte eine Berufung darum, die die Strafammer I in Mannheim beschäftigte. Nach § 37, Ziffer 2a dieser Verordnung sollen in Straßen durch die die elektrische Straßenbahn geht, Automobile keine höhere Schnelligkeit als 10 Kilometer in der Stunde entwickeln dürfen. Zur Kontrolle sind Schuhmannsposten an der verkehrsstreisten Straßenecke am Pfälzer Hof in Mannheim mit Stoppuhren ausgerüstet. Im Oktober vorigen Jahres glaubte ein Schuhmann festgestellt zu haben, daß der Chauffeur eines Kaufmanns, den er am selben Tage schon zweimal mit übermäßigster Schnelligkeit fahren gesehen haben wollte, eine Strecke in 48 Sekunden zurückgelegt hatte, was einer Schnelligkeit von über 20 Kilometer entsprechen würde. Der Chauffeur erhielt ein Strafmandat in Höhe von acht Mark oder zwei Tage Haft. Er beantragte eine gerichtliche Entscheidung, aber auch das Schiedsgericht sprach diese Strafe aus. Nunmehr hatte sich die Strafammer I mit der Berufung des Chauffeurs zu beschäftigen. Der Verteidiger des Chauffeurs erklärte, es sei unmöglich, die Schnelligkeit eines auf einen Passanten zulaufenden Fahrzeuges festzustellen, da ja der Anfangspunkt der Kontrolle nicht genau bestimmt werden könne. Eine so geringe Geschwindigkeit wie 10 Kilometer, die dem doppelten Maß des Infanteriemarsches entspreche, könnte ein Automobil gar nicht einhalten, ohne schwer

zu funktionieren, und ohne starken Rauch und übermäßigen Lärm zu entwickeln. Der Chauffeur habe sich nach der Geschwindigkeit der Droschken und anderer Fuhrwerke gerichtet und sei von der Elektrischen überholt worden. Die Automobilordnung keiner anderen größeren Stadt begrenze die zulässige Geschwindigkeit auf 10 Kilometer, sondern fast überall sei von der Geschwindigkeit eines mäßig trabenden Pferdes die Rede. Das Automobil sei doch auch sozusagen ein Verkehrsmittel. Einem Chauffeur sei es unmöglich, festzustellen, ob er die zulässige Geschwindigkeit überschreite oder nicht. Die Verteidigung hatte zum Beweis ihrer Behauptungen die Vernehmung eines Sachverständigen angeboten, doch lehnte das Gericht den Antrag ab, da schon in der ersten Verhandlung ein Sachverständiger vernommen worden sei. Die Verurteilung des Chauffeurs wurde verworfen, daß Gericht hielt die Feststellung des Schuhmannes für einwandfrei und erklärte ferner, daß es möglich sei, ein Automobil auf der in Frage kommenden Strecke zu beobachten, sei dem Gericht aus eigener Kenntnis bekannt. Die Frage, ob die Bestimmungen über den Automobilverkehr der Konstruktion der Maschinen und dem Verkehrsbedürfnis genügend Rechnung trügen, habe das Gericht nicht zu untersuchen, sondern es habe nur das Geiz anzuhören.

Es muß nach dem Buchstaben geurteilt werden, daß Mögliche darf nicht in Betracht gezogen werden, sonst schentet sich das Ansehen der Gerichte zu erschüttern. Das Unmöglichste liegt hier in der Mainheimer 10 Kilometer-Verordnung. Es läge doch näher, das Fahren mit Automobilen überhaupt zu verbieten, anstatt daß man arme Fuhrer einer un durchführbaren Polizeiordnung wegen bestraft. Es scheint, je weiter der Verkehr und seine Mittel vorwärtschreiten, desto unmoderner werden die Anschaulungen der Behörden und Gerichte. Es gab in Deutschland schon einmal eine Demonstration gegen die Entwicklung im Verkehr, das war, als die erste Eisenbahn gebaut wurde. Damals waren es die Bauern und Fuhrleute, heute sind es die Behörden und Gerichte.

Droschkenführer.

Dresden. Eine gut besuchte Droschkenführerversammlung tagte am 12. März. Genosse Endermann referierte über: "Die hereinbrechende wirtschaftliche Krise und ihr Einfluß auf das Droschengewerbe."

Der Referent verstand es in ausgezeichnetster Weise, den Kollegen vor Augen zu führen, wie verhängnisvoll die Folgen der Krise auf die wirtschaftliche Lage der Kollegen einwirken und wie durch die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise es den Kollegen immer schwerer gemacht wird, sich und ihre Familie über Wasser zu halten. Dabei sind Tagesverdiente von 2,40 bis 2,60 Mk. nichts Seltenes. In der Debatte wird von allen Rednern betont, daß es nun endlich Zeit sei, energischer als bisher auf den Standpölen zu arbeiten für den Verband, bis auch der letzte Kollege herangeholt ist. Dann, aber nur dann, wird es möglich sein, daß auch in Dresden endlich einmal das erreicht wird, was notwendig ist, um den Kollegen eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen. Von mehreren Rednern wird kritisiert, daß in einigen Betrieben nicht dafür gesorgt wird, daß die Kutscher ihre Sachen in einem verschleißbaren Raum unterbringen können. Auch fehlt oft Waschgelegenheit. Der Gleichgültigkeit der Kollegen ist es zuzuschreiben, daß nicht einmal diese minimalen Wünsche erfüllt werden. Der Vorsitzende teilt noch mit, daß auf die Eingabe des Verbandes an die Polizeidirektion bezüglich Anbringung eines neuen Droschkenzuges die Mitteilung ergangen ist, daß in nächster Zeit mit einem solchen Zug, der das bequeme Sitzen gestattet, Versuche angefertigt werden sollen. Die Einführung soll dann obligatorisch geschehen. Nachdem der Kollege Bergmann in kräftigen Worten die Kollegen aufgefordert hatte, die Laune abzulegen und im eigenen Interesse kräftig für die Organisation einzutreten, erfolgt Schlüß der Versammlung.

Am 18. März vormittags waren die Nachtkutscher versammelt. Nach einem kurzen Referat über die wirtschaftliche Lage der Droschkenführer führte eine lebhafte Debatte ein. Sämtliche Redner standen auf dem Standpunkt, daß Entlohnung und Arbeitszeit im Droschengewerbe sehr reformbedürftig sei und nur die Interessengeiste der Kollegen daran schuld ist, daß Fortschritte in den letzten zehn Jahren nicht gemacht werden konnten. Löhne von 15 bis 17 Mk. sind nichts Seltenes mehr. Dazu kommt, daß an die Kollegen Anforderungen gestellt werden, die gar nicht erfüllt werden können. So schilderte ein Kollege drastisch, wie er beinahe Strafe erlitten hätte, weil er zwei Fahrgäste befördert hatte, die an Masern erkrankt waren. Personen, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, dürfen natürlich nicht befördert werden.

Auch diese Versammlung war von bestem Geiste getragen, und wird wohl auch in Dresden die Zeit kommen, daß sich die Kollegen Droschkenführer aufrufen und, gestützt auf ihre Organisation, eine Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage erstreben und bei festem Zusammenhalt auch erreichen.

Hamburg. Mitgliederversammlung, Donnerstag, den 12. März. Zur Wahl als Ortsbeamte stehen die Kollegen Albrecht-Hamburg und Danzig-Dresden. Abgegeben wurden 127 Stimmen, davon erhielt Albrecht 118 Stimmen. Zum Vorschlag als Kassierer stehen die Kollegen Timm, Barthmann und Bleck-Hamburg. Abgegeben 127 Stimmen, davon erhielt Timm 88 Stimmen. Beide Kollegen verabschieden ihre Kräfte zum Beitreten des Verbandes zu verstehen. Hierauf wurden 18 Kollegen in die Lohnkommission, 8 Kollegen in die Fahnenkommission und 2 Lüftkontrolleure gewählt. Albrecht gibt bekannt, daß unser Bureau vom 1. April d. J. ab Große Theaterstr. 28 pt. ist. Die Bureauzeit ist morgens von 8—12 und abends von 4—8 Uhr. Ferner wird bekannt gegeben, daß das Befahren des Jungfernsteiges von beiden Seiten wieder abgelehnt worden ist. Barthmann fragt an, wer den Schuhmann Nr. 659, Schulz S., kennt, worauf sich über 20 Kollegen melden. Dieser Schulz S. ist ein Messerstecher, wogegen ein früherer Radde und Schulz S. wahre Waisenfänger sind, dieser Schuhmann stellt

es in sein Erbauen, wenn er Kollegen aufgeschrieben hat, Meldungen zu machen oder nicht. Wacht er Meldungen, so entstellt er die Berichte und die Kollegen bekommen Strafverfügungen von nicht geringer Höhe; auch hat er sich gegen Kollegen ausgelassen, er nehme kein Rücksicht mit Droschkenkutschern. Redner erzählt einen Fall in der Kleefekirchstraße, wo ein Kollege in Krämpfe fiel. Um nun schnelle Hilfe zu haben, schickten wir einen Taxameter los, um einen Schuhmann zu holen. Es erschien sofort einer, und zwar der Schuhmann 659, Schulz S. Wir erzählten demselben, daß unser Kollege die Krämpfe habe, worauf prompt die Antwort erscholl: "Der ist ja beschissen." Darauf aufmerksam gemacht, daß der Mann überhaupt nicht treffe, erklärte er: "Wir kennen die Droschkenkutscher." Als nun der Kollege Chmke ihm sagte, er sollte sich schämen, dies zu sagen, bewies er seine ganze Schneidigkeit und verhaftete den Kollegen Chmke und überließ den Todstrafen seinem Schicksal. Chmke erhielt denn auch, wie wir erwarteten, eine Anklage wegen Beamtenbeleidigung. Als Zeugen waren vier Schuhleute und fünf Fuhrwerker geladen. Chmke wurde kostenlos freigesprochen, und selbst der Richter urteilte das Vorgehen des Schuhmannes. In dieser Verhandlung wurde dem Schuhmann 659, Schulz S., der Vorwurf gemacht, daß er seiner Behörde objektiv falsche Berichte einbringe. Es wäre sehr praktisch von der vorgesetzten Behörde, wenn sie dem Schuhmann täglich einige Stunden Instruktion gäbe und ihm nebenbei das schöne Buch: "Königliches Umgang mit Menschen, vorlesen würde. Nebstens braucht die Behörde sich nicht zu wundern, daß bei solchen Schuhleuten das Einvernehmen zwischen Publikum und Polizei kein gutes ist. Einem Antrage, eine Beleidigung gegen den Schuhmann 659 bei der Behörde einzureichen, wurde einstimmig zugestimmt. Nach Erledigung einiger Interne Schluß der Versammlung.

Fensterputzer.

Dresden. Die Dresdener Fensterreiniger hielten am 17. März nach längerer Pause wieder eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Ein Beamter unseres Verbandes sprach über das Thema: "Arbeiterausschuß im Transportgewerbe". In seinen hochinteressanten Ausführungen verstand es der Redner, in ungemein fesselnder und anschaulicher Weise den Unverstehenden ein Bild zu geben von der Entwicklung der gesamten Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes von ihren ersten Anfängen, die bis zum Mittelalter zurückreichen, wo durch die häufigen Unfälle im Bergbau zu Freiburg schon im Jahre 1408 gesetzliche Bestimmungen erlassen wurden, bis auf die neuere Zeit. Diese Arbeiterschutzgesetze haben uns die herrschenden Klassen nicht freiwillig gewährt, sondern die Arbeiter mussten sie sich erst unter schweren Kämpfen erringen. Dies war aber nur dann möglich, als es die Arbeiter verstanden hatten, sich zu großen und mächtigen Verbänden zusammenzuschließen. Buerist war dies in dem Mutterlande der Industrie, in England, der Fall, wo es schon zu Anfang des vorherigen Jahrhunderts ein Fabrikgesetz gab, das wenigstens die Arbeiter vor der allergrößten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft schützte. Wie später erst, nachdem auch Deutschland ein Industriestaat geworden war, kamen bei uns Arbeiterschutzgesetze zur Einführung. Allerdings nur in dem bekannten Schneiden-tempo, das den Unternehmern trotzdem noch viel zu schnell ist. Weiter wird Redner auf die ungeheure Zahl der Unfälle hin, die jährlich dem Moloch Kapitalismus zum Opfer fallen. Speziell im Transportgewerbe sei die Zahl der Unfälle prozentual mit am höchsten und gerade in diesem Gewerbe wäre eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit dringend am Platze, da es sehr häufig vorkommt, daß diese Kategorie von Arbeitern eine 14—18 stündige Arbeitszeit hat. Das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sei ganz ungenügend und werde den Arbeitern durch Umgehung seitens der Unternehmer fast gänzlich illusorisch gemacht. Auch habe ein Fensterputzer einmal entschieden, daß die Fensterputzer in keinem feststehenden Betriebe arbeiten, mithin auch nicht unter die Gewerbeordnung fallen und deshalb Sonntags arbeiten können. Von allen Parteien sei es nur die Sozialdemokratie, die wirklich ernstlich und mit Nachdruck für einen weltgehenden und ausreichenden Arbeiterschutz eintrete. Es sei deshalb wichtig jedes Kollegen, neben seiner gewerkschaftlichen auch der politischen Organisation anzugehören und die Arbeiterpresse zu lesen.

In der darauffolgenden Debatte nahm Kollege Möller das Wort, um die Unfallhäufigkeit im Fensterreinigungs-gewerbe zu schildern. So sind z. B. in Hamburg in einem halben Jahre von 17 Unfällen 7 tödlich zu verzeichnen gewesen.

Bei der Wahl eines Branchenvertreters in die Ortsverwaltung wurde Kollege Möller gegen einige Stimmen als Vertreter gewählt.

Unter Berufliches brachte ein Kollege die famose Arbeitsordnung der Firma Söhne & Bleck zur Sprache. In dieser "Arbeitsordnung" heißt es fast bei jedem Paragraphen: "Widerspruch wird mit sofortiger Entlassung bestraft". So sogar die privaten Angelegenheiten der Kollegen außerhalb der Arbeitszeit werden in dieser Arbeitsordnung geregelt. Von dem "horrenden" Lohn, den diese Firma bezahlt, werden den Kollegen noch mancherlei Abschläge gemacht. So ist auf der Bohndüste vorgebracht:

Abschläge:

Krankengeld:

Kaution:

Schadenfalls:

Strafen:

Waschgeld für Blousen:

Wiewiel dem Arbeiter dann zum Lebensunterhalt noch übrig bleibt, kann man sich denken. Trotzdem wagen sich die Kollegen in diesem Berufe kaum zu mieten. Der Vorsitzende, Kollege Richter, machte am Schlusse dieser aufragenden verlaufenen Versammlung noch einige geschäftliche Mitteilungen betr. eines Antrages der Fensterputzer an die Ortsverwaltung und erwähnte die Kollegen, ihre ganze Kraft für die Ausbreitung und Förderung des Verbandes einzusehen.

Handelsarbeiter.

Berlin. Sonderbare Zustände bestehen schon seit Jahren in der Mineralwasserfabrik von G. Evers, Berlin N.O., Gotheniusstr. 3. Genannter Herr ist ein stummer Mann und ließiger Kirchenbesucher, verlangt aber von seinen Arbeitern eine recht lange Arbeitszeit. Ihnen wird eine 11stündige Arbeitszeit vorgeschrieben, geht diese aber über ihr Ziel hinaus, aus 12—14 Stunden, so darf der Arbeiter sich nicht erlauben, nach Bezahlung der Überstunden zu fragen. Auch Sonntags müssen die Arbeiter erscheinen und ihre Pflicht erfüllen; da werden Maschinen gepumpt, Kessel gereinigt, Senfgruben leer getragen, oder Pferdeställe ausgemistet; und dieses alles so nebenbei, ohne jede Bezahlung. So ist in diesem Betriebe ein Abzicher schon 8 Jahre beschäftigt, er erhielt in den ersten Jahren einen Lohn von 18 Mtl., heute hat er 29 Mtl. Dieser Abzicher hat in diesen acht Jahren nicht einmal ein Theater und keine Versammlungen besuchen können, weil er mit seine Wohnung verlässt, um die Arbeitsstätte aufzusuchen und umgekehrt. Hat er es einmal versucht, der Arbeit am Sonntag fern zu bleiben, so wurde gleich gesagt, was haben Sie am Sonntag vorgehabt? Also ein Zwang zur Sonntagsarbeit. So arbeitet in diesem Betriebe ein Böttcher, welcher sein Fach sehr gut versteht, aber auch zu allen Arbeiten verhakt wird, zum Fahrten, zur Kellerarbeit und zu allem möglichen; derselbe kommt abends erst um acht, neun und zehn Uhr mit seinem Wagen nach Hause. Feierabend hat er dann, wenn er den Stall für 10 Pferde besorgt hat. Letzter ist von diesen Kollegen kein einziger organisiert. Mirlich hat ein Kollege in dieser Musterbude eine Stelle als Abzicher angenommen; Arbeitszeit unbestimmt, auch Sonntags; Lohn 27 Mtl. Dieser Kollege, welcher zugleich Mädchen für alles war, wurde eines Tages beauftragt, einen Touren-Wagen zu fahren, so kam es zwischen dem Kollegen und Herrn Evers zu Differenzen betreffs der Prozente für die verkaufen Waren. Herr Evers meinte: Ich gebe Ihnen einen guten Lohn und sollten Sie damit nicht zufrieden sein, so lasse ich den Wagen einfach eltern gehen. Am Sonnabend, den 14. März kam es zum Bruch dadurch, weil der Kollege die Provision von 50 Pf. verlangte; dieselbe aber seitens Herrn Evers verweigert wurde mit dem Bemerkten, daß sie immer unzureichend sind, so wollen wir uns trennen und sie können aufhören. Also verlangt der Herr, daß der Kollege seinen Wochenlohn bei den Kunden verknüpft und Sonnabends über möglichst wenig Provision berechnet. Auch nicht Abel für den Geldbeutel des Prinzips.

Duisburg-Ruhrort: Am Freitag, den 20. März tagte in Ruhrort eine Versprechung der Einlassierer und Veräußerer aus der Kreditbranche, welche von Kollegen aus Duisburg, Ruhrort, Meiderich, Marxloh, Bruchhausen, Hammern zahlreich vertreten war. Zwanzig Kollegen hatten sich bereits in einer Vorversprechung als Mitglieder aufzunehmen lassen, eine ansehnliche Zahl trat in dieser Zusammenkunft bei, so daß die junge Sektion mit über 30 Mitgliedern an die Deutschen Interessen treten kann. Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde zunächst die Frage erörtert: gehören die Einlassierer ic. in den Verband der Handelsgehilfen, oder in den deutschen Transportarbeiterverband?

Nach eingehender Aussprache erklärten sich die Anwesenden einstimmig für den deutschen Transportarbeiter-Verband. In kurzen Ausführungen legte ein Kollege den Zweck und Nutzen unseres Verbandes auszutauschen, dabei auch den betreffenden Konferenz für die Einlassierer ic. Deutschlands gedenkend. Die Kollegen gelobten alles daran zu setzen, um die hundert, im Bezirk tätigen Kollegen der Organisation anzuführen. Daß ein fester Zusammenschluß innerhalb einer leistungsfähigen Organisation dringend notwendig ist, beweisen die jüngsten Vorgänge in Duisburg. Die Kollegen Einlassierer sind meist die alleinigen Träger des Geschäfts, sie bringen nicht nur neue Rundschau und die Gelder ein, sie müssen auch ein großes Risiko übernehmen; trotzdem gehen Unternehmer dazu über, die Löhne zu reduzieren. Wenn die Unternehmer bis jetzt ihren Willen nicht durchsetzen könnten, so liegt es im entschiedenen Zusammenhalt der Einlassierer und es wird letzteren um so schwer und leichter gelingen, Verschlechterungen abzuwehren, je einiger sie in der Organisation zusammenhalten. Was sich zum Unternehmertum rechnet, glaubt seinen Teil zur Schwarzmacherei beitragen zu müssen und so gesellen sich zu den Kohlenmagnaten und Eisenkönigen auch die Handelsherren der Kreditbranche; zunächst allerdings vereinzelt, fastend, führend, wie den Angestellten in der Zeit niedergehender Konjunktur etwas abgezwackt werden kann.

Wir wollen den Herren verraten, daß wir ein wachsame Auge auf alle Vorkommenisse richten werden, daß wir jeder geplanten Verschlechterung der Anstellungsbedingungen energischen Widerstand entgegenstellen werden. Nicht Verschlechterung, sondern Verbesserung ist unser Ziel, das wir unter dem Banner des Transportarbeiter-Verbandes anstreben und auch erreichen, wenn alle Kollegen baldigst unserem Rufe folgen.

Düsseldorf. Spät sind sie zwar gekommen. Sie kommen aber doch! Nun haben sich die Handelshilfsarbeiter und Hausdiener aller Branchen auch auf sich selbst besonnen und eine Sektion des Transportarbeiterverbandes gegründet. Der rege Bezug der Versammlungen beweist, daß hier reges Leben pulsirt und ein guter Geist in der Sektion vorherrscht. Jetzt, wo der Stamm da ist, ist die Frage angebracht, wie könnte es so lange dauern, ehe auch diese Kollegen zur Einheit kamen. Es gibt tatsächlich innerhalb der modernen Gesellschaft keinen Beruf unter den arbeitenden Klassen, dem tagtäglich besser die traurige,

unwürdige Lage und die furchtbaren und ungerechten gesellschaftlichen Gegensätze eindrücklicher vor Augen geführt würden, wie gerade den Haushilfsstellen, wenn sie nur richtig sehen wollten; leider ist hier im schwarzen Westen deren Zahl noch sehr klein. Wenn man bedenkt, was in den letzten Jahren der deutschen Arbeiterschaft gegenüber nicht alles so nach und nach an Lasten und Entrichtungen, Beleidigungen und Drangsalierungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete aufgedrängt wurde, so muß man sich wundern, daß es möglich ist, daß dieses noch Unzählige so lämpisch hinnehmen. Die Kollegen sind nur deshalb lehrendes Auges blind gegen die Klassenunterschiede, weil sie noch indifferent bis auf die Knochen sind. Dieses ungeheuer steinige, eigenartige Arbeitsfeld heißt es nun, in Angriff zu nehmen; es muß gehen, je eher, je besser.

Car häufig lesen wir mit überlegenen Lächeln etwas von ostelbischen Zuständen und denken gar nicht daran, wenn man selbst im Glashause sitzt, nun nicht mit Steinen werfen soll. In manchen Häusern darf das männliche und weibliche Personal nicht zusammen sprechen, in manchen außerdem darf das Personal nur sprechen, wenn es gefragt wird. Pferde und Hunde stehen in den luxuriösen Ställen und Boxen, bei bester Pflege und das Personal, besonders der Hausdiener und Kutscher direkt über dem Pferdestall unter den Pfannen, zwei schräge Zimmerchen, besser gesagt Stintlöcher bewohnt, die nur 1,70 breit, 3,50 lang, hoch 1,30, hinten 1,75 Meter hoch sind und mit 50 bis 60 Zentimeter hohen Fensterchen. Auch besteht in vielen Häusern noch der leidige Usus, das Personal gegeneinander auszuspielen, was besonders bei der Indifferenz der Mädchen das Leben in einem solchen Hause zur Qual macht. Bei der andauernden öffenen Feier gegen die Arbeiterschaft durch die bürgerlichen, politischen und der verdeckten hinterlistigen Verleumdung der sogenannten neutralen Presse, werden die sogenannten guten Herrschaften immer rarer. Es werden sogar oft die niedrigsten Ausdrücke gebraucht, wenn das Hauspersonal sich einmal gegen die Pfarrerien aussieht. Jetzt im Winter müssen sich manche krumm an Kohlen schleppen. Manche Hausfrau bildet sich sehr viel auf ihre herrlichen echten Leipzige ein; da ist der Hausdiener wieder der, der beim Haushalt, bei der kolossal anstrengenden, ungewölbigen Arbeit des Leipzichtlopens die Neukleite der Medaille zu lösen bekommt.

Die Hausdiener in den Gewerben haben nichts zu lachen, in Sturm und Wetter müssen sie hinaus und was da alles verlangt wird, ist ja schon in den Artikeln: Sind Hausdiener qualifizierte Arbeiter, genügend beleuchtet worden. Wir müssen zuerst unsere ganze Energie und zwar mit zäher Ausdauer darauf verwenden, die Indifferenter an uns zu ziehen. Helfen wir alle, hier ist noch ein schönes Ziel zu erlämpfen. Darum Kutscher, Ausläufer, Geschäftsdienner, überhaupt alle organisierten Massengenossen, wenn ihr mit einem Kollegen zusammenkommt, nehmt ihn mit Glück und Sachlichkeit aus Storn, dann wird auch die Zeit kommen, wo die Hausdiener in die große Armee des Klassenkampfes ihre Bataillone stellen werden.

Feinde der Sonntagsruhe. Die Handelskammer zu Freiburg richtete am 5. März an den Deutschen Handelsstag ein Schreiben, in dem es heißt: „Unsere Kammer hat nach Erklärungnahme mit dem hiesigen Verein selbständiger Kaufleute abermals die Frage einer Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe eingehend beraten, doch gelangte das Votum zu einer entschiedenen Ablehnung des vom Reichstag des Hünern ausgehenden Vorschlags. Wir sehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es bei den jetzt gültigen Bestimmungen bleiben soll, da es mit ihrer Hilfe möglich ist, den verschiedenen örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, während der erwähnte Entwurf einer Änderung einfach schematisch zu Werke geht und zudem noch, unter Berücksichtigung gewisser Ausnahmen, die aber widerrufflich und von vorherein zweifelhaft sind, das Prinzip der völligen Sonntagsruhe ausprägt. Vom Standpunkt namentlich derzeitigen Bläue, zu welchen seit Altert lebhafte Beziehungen vom Lande unterhalten werden, und hierher gehörten unsere badischen Städte, muß dem vorliegenden Entwurf mit aller Entscheidung entgegengetreten werden. Wir möchten nur noch darauf hinweisen, daß auch die mehrfachen Erörterungen über die Sonntagsruhe-Angelegenheit innerhalb des Deutschen Handelsstags bezw. in den zuständigen Kommissionen bestens deutlich gezeigt haben, daß die Bedürfnisse der verschiedenen Berufszweige und die lokalen Interessen viel zu weit auseinandergehen, als daß ohne Schaden für große Gewerbstreiche nach dem Vorschlag des Reichstags des Innern verschärft werden könnte. An den deutschen Handelsstag richten wir daher das dringliche Erfuchen, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes wirken zu wollen, zumal sich Missstände aus der bestehenden Art der Regelung nicht ergeben haben.“

Von Düsseldorf kann man Feigenfrucht nicht erwarten. Ein übrigen scheinen die Badenser Handelsherren ebenso wenig Größe im Kopfe zu haben, wie die in Preußen. Wenigstens hatten sie ganz dieselbe Stabsorte.

Gasse a. G. Am 25. März fanden hier die Vertreterversammlung zur Kaufmännischen Ortskassenkasse statt, zu welcher in Anbetracht dessen, daß die „nationalen Arbeiter“ eine eigene Liste aufstellen wollten, unsererseits eine rege Aktion entfaltet wurde. Daß dieselben ihr Interesse an dieser

Wahl bekundeten. Das Resultat war folgendes: Auf unsere Liste entfielen 280 Stimmen, auf die gegnerischen Listen 24 resp. 2 Stimmen. Unsere Kandidaten sind somit mit überwiegender Majorität gewählt und sie werden auf alle Fälle das Vertrauen, daß ihnen die Kollegen entgegengebracht haben, zu würdigen wissen.

Kempten. Das in allen Kulturstädten sehr wohl bekannte und wegen seines gesunden Klimas vielgesuchte bayrische Allgäu, hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts aus einem reinen Agrarbezirk in einen Industriekreis umgewandelt. Der unersättliche Kapitalismus hat mit seinen sündigen Augen sehr wohl erkannt, daß dieser schöne Landesteil nicht mit reichliche und starke Wasserkräfte besitzt, sondern daß aus der meist kleibäuerlichen Bevölkerung billige und willige Arbeitskräfte in großer Zahl zu holen sind. Spinnereien und Webereien, Seil- und Faden-Fabriken, welche Taufende von Arbeitern, meistens Frauen und Kindern, beschäftigen, sind wie Pilze aus der Erde gesprossen und der vermehrte Volkswohlstand nahm seinen Anfang. Wo vor 50 Jahren Viehherden weideten, sind heute Arbeiterkolonien und daneben auf den Anhöhen kleinen prächtige Villen, wo die millionenreichen Kommerzienräte als Fabrikbesitzer ihr recht angenehmes Dasein fristen. Wenn ein Fremder in einem so neu erbauten Ortsteile im oberen Allgäu sich nach einem Hausbesitzer erkundigen wollte, würde er von dem blümigsten Straßenjungen die Antwort erhalten: Wissen Sie nicht, daß diese große Fabrik mit all den Häusern, Wirtschaften und Gärten dem Herrn Kommerzienrat gehören, wir dürfen nur so lange darin wohnen, so lange die Eltern in der Fabrik arbeiten und sobald ich aus der Schule bin, komme ich auch dort hin, weil es der Fabrikbesitzer haben will. Neben dieser rapiden Entwicklung der Industrie hat auch der noch vorhandene Bauernstand, neben der ursprünglichen Vieh- und Pferdezucht, sich auf Fabrikation von Butter und Käse gelegt, welches letzteres nicht nur in ganz Deutschland, sondern in allen Kulturstädten als Allgäuer Produkt konsumiert wird. An den Bächen und kleinen Flüssen sind moderne Säge- und Hobelwerke in Massen entstanden, denen die herrlichen Waldungen, welche entweder Gräben und Baronen, Fabrikherren oder Kriegsleistungshelden gehören, zum Opfer fallen. Da unter solchen Umständen die heimischen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen konnten, sahen auch die Kapitalisten ein und um den so feilg machenden Profit nicht verzürzen zu müssen, wurden aus dem nahe gelegenen heiligen Land Tirol noch Tausende von fleißigen Arbeitskräften herangezogen, um die Miesenarbeit bewältigen zu können. Die romantischen Gebirgstäler sind durch eine Reihe von Lokalbahnen durchzogen, welche die Erzeugnisse der Industrie auf die Hauptbahnen und somit auf den Weltmarkt bringen. Durch die von Waggonladungen von Seife und Butter, Schlacht- und Rüttelvieh wandern zu ungeheuren Preisen in die Großstädte, wobei der Lieferant sowie der Großabnehmer seinen Nebach ins Trockne bringen.

Unermeßlicher Reichtum hat sich in dem einst so stillen Weltviertel angehäuft und unzähliges Elend hat dieser von einigen wenigen in die Tasche gesteckter Reichtum in die einstens so glückliche Bevölkerung gebracht. Die guten und gefundenen Nahrungsmittele können von der Arbeiterklasse infolge der schlechten Löhne nicht erworben werden und als Ergebnis werden hunderte von Bentnern Margarine und sonstige minderwertige Nahrungsmittel eingeschafft. Das Schlachtwiege geht Waggon auf Waggon nach allen Teilen Deutschlands; als Erfolg wurden Pferdeschlachtereien errichtet, von denen die 20 000 Einwohner zählende Stadt Kempten mit ihren paar Vororten drei Betriebe ihr eigen nennen. Wahrliech ein trauriges Kulturbild vom Kapitalismus, wenn man bedenkt, daß vor 25 Jahren von einem Pferde mehrgereine keine Rede war und wenn man weiter in Betracht zieht, daß das Allgäu derzeitige Landesteil ist, wo Milchwirtschaft und Viehhaltung ein groß betriebt wird. Die Folgen dieser Unterernährung und Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch das Kapital sind auch nicht spurlos vorüber gegangen. Wie der Reichtum auf Seite der Unternehmer liegt, hat das Elend in der Arbeiterklasse zugenommen. Der stärkste und gesundste Volksstamm Deutschlands vegetiert heutzutage, daß bei Rekrutenausbildungen 60 und mehr vom Hundert als untauglich zurückgewiesen werden. Das Siechtum und die Syphilisität übersteigen heutzutage prozentual bald jede Großstadt. Da unter solchen Umständen die Unfälle stetig zunehmen, sei nur nebenbei bemerkt. Der vor fünfzig Jahren durch die Entwicklung des Handels und der Industrie erhoffte Reichtum ist für die bestehende Klasse eingetroffen, diejenigen aber, die die großen Reichstümer geschaffen haben, sind infolge ihrer Unreinheit ärmer als zuvor. Wie lange wird es noch dauern, bis die Arbeiterklasse in dieser von der Natur so bevorzugten Gegend zu der Einsicht kommt, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie nicht elend zu Grunde gehen will. Dieses gilt in erster Linie für unsere Kollegen, denen das Wort Organisation nicht oft genug gesagt werden kann.

Pforzheim. Den besten Beweis dafür, daß unsere Organisation die beste Interessenvertretung der Kollegen ist, erbringen sieben unsere lieben Arbeitgeber. So hatte auch der hiesige Seifenhändler Herr Göppen zu Ohren bekommen, daß sein Hausservice Mitglied unserer Organisation ist und sogar die Arbeiterpresse liest. Darob großes Entzücken bei dem Herrn. Die Frau des Kollegen wurde ins Geschäft gerufen und ihr dort nahe gelegt, ihren Mann wieder auf den rechten Weg zu bringen. Aber auch dieses Mittel hat versagt. Der Kollege sagte seinem lieben Arbeitgeber Adieu, er bedankte sich dafür, eine solche Befreiung zu erfüllen. Hätte der Herr Seifenfabrikant nicht eine solche Misserfolg vor der Arbeiterorganisation, dann würde er es gewiß nicht so weit gebracht haben.

Transportarbeiter.

Berlin. Kutscher, seit euch stets eurer Verantwortung bewußt! Der Kutscher Max Dieter hatte sich vor der Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Er fuhr am 18. August mit einem schweren Arbeitswagen die Hennstraße entlang und fuhr in Folge starker Unachtsamkeit gegen einen vor einem Hause stehenden Arbeitswagen, auf dessen Dachsel zwei junge Burschen saßen. Durch den Unfall fielen beide zur Erde, und der eine, ein zwölfjähriger Junge, die ganze Freude seiner Eltern, stürzte so unglastlich, daß ihm ein Hinterkopf des Wagens des Angeklagten über die Oberschenkel ging. Der Knabe, der einen Schenkelbruch erlitten, blieb liegen; der Kutscher aber fuhr weiter, als ob ihn die ganze Sache gar nichts angelebe. Ein Schuhmann fiel den Pferden in die Zügel und stellte den Namen des Angeklagten fest. Der verunglückte Knabe wurde nach der Unfallstation und von da in die Wohnung seiner Eltern gebracht; er bekam Wundstarrkrampf und mußte nach dem Birchowkrankenhaus transportiert werden, wo er in der zweiten Nacht gestorben ist. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis.

Wer in so hoher Weise handelt, dem geschieht es recht, wenn er exemplarisch bestraft wird. Wir haben kein Interesse daran, daß rohe Menschen unseren Beruf in Verzug bringen.

Bremen. Vor kurzem wurde hier die Gründung einer Sektion der Fuhrleute und Kutscher vorgenommen, um auf diese Weise eine intensivere Agitation unter diesen Kollegen entfalten zu können. Wir können nun schon sagen, daß hiermit der richtige Weg getroffen ist. Die drei Sektionsversammlungen, die bis jetzt stattgefunden haben, waren sehr gut besucht, und wir müssen konstatieren, daß selbst bei Vohnbewegungen die Kollegen nicht so zahlreich zusammen waren, wie jetzt in den Sektionsversammlungen. Es wurden in den Versammlungen die Leute aus den einzelnen Betrieben bestimmt. Diesen wurde zur Pflicht gemacht, alle indifferenten Kollegen in den Betrieben aufzufordern, der Organisation beizutreten. Außerdem soll auf die Kontrollkarte gesehen werden. Wer keine Kontrollkarte bei sich hat, wird als unorganisiert betrachtet. Ein jeder Organisierte ist verpflichtet, stets seine Kontrollkarte bei sich zu führen, nur dann sind wir in der Lage, die Indifferenten, Unorganisierten von den Organisierten auseinanderzukennen.

Kollegen, ihr habt nun eure Sektion gegründet, nun halte hoch, was mit Mühe aufgebaut worden ist, damit die vielen Missstände in unserem Berufe endlich mal beseitigt werden und damit wir endlich mal die Forderung an die Bremerische Behörde stellen, die so unbedingt notwendig und wichtig für unseren Beruf ist: Errichtung einer Fahrt- und Fachschule usw., dann ist es notwendig, daß ein jeder Kollege über die Straßenpolizeiverordnung orientiert ist, damit er nicht allzu oft in die Lage kommt, Polizeistrafen zu zahlen. Also, Kollegen, arbeiten für den Verband, für eure Sektion. Ein jeder muß unbedingt Mitglied werden, überzeugt ihn von unserer guten Sache. Kollegen, hebt den Fuhrmannsberuf, tretet Mann für Mann ein für geordnete Verhältnisse. Fragt einen jeden nach seiner Kontrollkarte, seit unausgesetzt täglich für den Verband. Haben wir doch schon in der letzten Zeit wieder eine Anzahl Fuhrleute aufgenommen. Also, vorwärts, Kollegen, drauf und dran, arbeitet wie die Teufel.

Cannstatt. Im Jahre 1907 hat der Bezirk Cannstatt eine erfreuliche Entwicklung genommen. Schon glaubten wir den Zeitpunkt nahe, wo wir die Forderung der Kollegen auf Schaffung einer eigenen Sektion (nicht Verwaltungsstelle) erfüllen könnten. Leider hat die gute Entwicklung nicht angehalten. Man wäre fast versucht, anzunehmen, es ginge den Cannstatter Transportarbeitern so gut, daß eine Organisation überhaupt nicht nötig hätten. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß hier noch vielfach Zustände herrschen, die kaum glaublich sind. Das Ko- und Logistikwesen ist hier noch ganz und gäbe. Die Unternehmer halten fest, als wenn ihre ganze Existenz davon abhängt wäre. Dies ist vom Unternehmertandem aus betrachtet, auch begreiflich, denn unter diesem System können sie ihre Leute ins Grenzenlose ausdeuten, haben sie jederzeit unter Kontrolle. Von den in Ko- und Logistikbetrieben wird bitter darüber Klage geführt, daß sie oft bis drei Uhr Sonntags nachmittags arbeiten müßten, natürlich ohne jeden Pfennig Entschädigung. Von dem Lattrinengründer Kreder, mit dem wir uns früher schon beschäftigten, können wir auch heute nichts Angehnahmes berichten. Wie uns mitgeteilt wird, hat er statt auf, abgelebt, den Lohn von 10 M. auf 9 M. herabgezogen und dies in einer Zeit, wo die Preise für Lebensmittel eine geradezu unerschwingliche Höhe erreicht haben. Seine Fuhrleute sind von dieser Maßnahme nicht gerade erbaut. Sie haben aber gar kein Recht, zu klagen, dagegen Male können haben wir versucht, sie zu organisieren, leider immer ohne Erfolg. Dutzendmal schon haben wir ihnen gefragt, daß der Unternehmer nicht freiwillig aufbessert, im Gegenteil, wenn er den Zeitpunkt für gekommen erachtet, Lohnreduzierungen vornimmt. Die Kollegen haben nun den Beweis, und weil sie nicht hören wollten, müssen sie führen. Vielleicht kommen sie nun eher zur Einsicht. Bei der Firma Walther & Mecke geht es dank der Quertrieberei eines einzelnen auch nicht recht vorwärts. Der betreffende will sich offenbar durch Schmarotzen und Schimpfen auf den Verband etwas mehr Lohn ergattern, wir wollen ihm heute mit der Namensnennung verschonen, raten ihm aber dringend, sein Krankengeldmärchen für sich zu behalten, sonst könnte es ihm gehen wie einem gerissenen Auge.

Schließlich wollen wir noch den Wirt Schöning daran erinnern, daß nicht der Verband schuld ist, wenn kein Fuhrmann mehr bei ihm verkehrt, sondern sein prozesshaftes Vernehmen und seine Idee, die Cannstatter Fuhrleute mäßigen, weil er einige Wochenbeiträge an die Organisation abgeführt hat, nun den letzten Groschen bei ihm in Uter umsetzen. Wir zweifeln nicht, daß, wenn er in seiner neuen Wirtschaft in Untertürkheim sieht, wie seine früheren Kollegen statt bei ihm, in einer anderen Wirtschaft halten, er sich manchmal an sein entzweier gerissenes Verbandsbuch erinnert.

In alle Kollegen in Cannstatt richten wir die Aufforderung, tren zur Organisation zu halten und unermüdlich für die Ausbreitung derselben tätig zu sein, damit uns die kommenden Kämpfe gerüstet sind.

Dresden. Kohlenträger und Trägerinnen. Da ein Zusammenschluß noch nicht erfolgt ist, so sind auch am heutigen Ort die Kohlenarbeiter teils im Hafenarbeiterverband teils bei uns organisiert. Die an der Elbe beschäftigten Ausländer haben einen Tarif, der im Herbst abläuft, während für die übrigen keine festen Verträge bestehen.

In der am 19. März stattgefundenen Versammlung wurde nun eine Reihe von Missständen erörtert, die zum Teil aus der Altkarbidarbeit und deren ungleichmäßigen Bezahlung oder von mangelhaften sanitären Einrichtungen herrühren. Für unsere Kollegen, die mehr als jeder andere Beruf dem Staub und jeder Witterung ausgesetzt sind, wäre eine Verbesserung der Arbeitszeit und verstärkter Arbeitsschutz in sanitärer Beziehung äußerst wünschenswert. In diesem Sinne war auch das Referat eines Kollegen gehalten, das von den Kollegen beifällig aufgenommen wurde.

In der Debatte erläuterte Kollege Bergmann an einem Beispiel, wie vorteilhaft selbst für Unternehmer die verkürzte Arbeitszeit ist.

Als Branchenvertreter werden die Kollegen Mücke und Dornak vorgeschlagen und wird Kollege Dornak gewählt. Ein Kollege fordert noch auf, mehr nach der Kontrollkarte zu fragen und dafür zu sorgen, daß auch der leichte Kohlenarbeiter sich organisiert. Mit der Aufforderung, die Bürgerlichen Blätter nicht mehr zu unterstützen und nur auf die Arbeiterzeitung zu abonnieren, schließt Kollege Bergmann die gut besuchte Versammlung.

Essen, Ruhr. Zu den Unternehmern, die das Missbehandeln von Arbeitskräften am besten verstehen, gehört ebenfalls die hiesige Transportfirma Walchers. Als vor kurzer Zeit beschäftigte diese Firma nur jüngere Leute von 16 bis 17 Jahren als Kutscher. Auch dieses gewiß billige und willige Arbeitersleisch scheint ihr jetzt zu teuer geworden zu sein. Kürzlich prangte folgendes Interat in den Zeitungen: „Etwas ältere, solide Fuhrleute gesucht, aber nur solche, die noch nicht bei uns gefahren haben.“ Aber auch das zog nicht. Die rheinisch-westfälischen Fuhrleute kennen eben die Firma zu gut, und sie lehnen sich daher durchaus nicht nach den Fleischköpfen. Da griff der schnelle Stallmeister Bohle zum Banderstab, setzte sich in den D-Zug und dampfte nach — Gatteln. Er brachte auch einen ganzen Transport armer Teufel mit, diese logierten man im Krankenstall ein. Dagegen wurden Feldbettstellen aufgeschlagen und die Polizei stand dagegen nichts einzutwenden. Die armen Galizier fuhrwerken nun in den Straßen Essens herum und gefährdeten durch ihre Unvorsichtigkeit, mangelnde Orts- und Sprachkenntnisse den ganzen Verkehr. Sie sind aber dennoch solange keine lästigen Ausländer, als sie sich als willkürliche Arbeitstiere gebrauchen lassen. Hörden sie nur erst ein bisschen Menschenrechte, dann schleift man sie schamlos wieder über die Grenze. In Essen sind unterdessen eine große Zahl deutscher Fuhrleute stelllos, sie hungern mit ihren Familien und fallen schließlich der Armenpflege zur Last. Solche Zustände reizen gerade nicht zur Zufriedenheit auf, sie fördern gewiß auch nicht Patriotismus und Vaterlandsliebe. So werden die Beschützer der heutigen Gesellschaftsordnung durch ihre Taten zu Totengräbern ihres Systems. Uns mag recht sein.

Göttingen. Zwischen unserer hiesigen Ortsverwaltung und der des Bahnhofsarbeiterverbandes ist folgendes Abkommen getroffen worden: Der Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Göttingen, fordert die bei ihm organisierten Bauarbeiter auf, zu ihrer Organisation überzutreten, desgleichen geschieht selten der Bauhofsarbeiter gegenüber den dort organisierten Transportarbeitern. Ferner soll im Fall eines Berufswechsels den betreffenden erst nach 8 Monaten der Übergang gestattet sein.

Luckenwalde. Am Freitag, den 6. März tagte im Lokal des Herrn Mittag eine Versammlung sämtlicher Arbeiter und Kutscher der Speditionsbetriebe, um über die Kündigung des Lohntarifes zu beraten.

Nach einem Vortrage des Gauleiters segte eine scharfe Diskussion ein und wurde von allen Rednern betont, daß es notwendig erscheint, den Tarif zu kündigen. Die Abstimmung ergab einstimmig eine Kündigung des Tarifes.

Zur Angelegenheit des Güterbahnhofs wurde das Antwortschreiben der Eisenbahn-Direktion Halle verlesen,

welches nach 4 Wochen Dauer auf unsere Gingabe eintrief.

Die Gingabe lautete:

Luckenwalde, 2. Januar 1908.

An die Königliche Eisenbahn-Direktion zu

Halle.

Im Auftrage einer Versammlung der gesamten Speditionsbetriebe von Luckenwalde vom 7. Dezember 1907, erlaubt sich der Unterzeichnete mit folgenden Beschwerden und um Abhilfe bittend an die Königliche Direktion zu Halle heranzutreten.

Seit Monaten sind die Speditionsbetriebe gezwungen beim Abrollen von Stückgütern sich diese eigenhändig vom Güterbahnhof herunter zu holen, ohne daß bei der Abgabe weder Kontrolle noch Aufsicht vorhanden ist. Ferner ist das Bedienungspersonal dermaßen an Bahn gering, daß eine normale Bedienung weder beim Abholen, noch Abrollen von Gütern stattfindet. Durch diese mangelnde Bedienung haben sich Zustände eingebürgert, welche den gesamten Verkehr schwer schädigen und zu Unzuträglichkeiten führen müssen, unter denen die Speditionsbetriebe sehr zu leiden haben.

Hier ist in erster Linie geboten, durch Auflistung von Bedienungspersonal die oben bezeichneten Missstände aus der Welt zu schaffen.

Ferner ist die Beleuchtung des Güterbahnhofs so primitiv, daß beispielweise beim Verladen von Gütern in und aus den Loren die Arbeiter gezwungen sind, Laternen mitzubringen, um nur eingerahmt sehen zu können, und oft Unfälle vorgekommen sind, welche auf die primitive Beleuchtung zurückzuführen sind. Hier wäre es angebracht, wenn der Abstand der jetzt stehenden

Laternen ein nicht so großer wäre und einige Laternen mehr gestellt werden würden.

Als einen der größten Nebenstände ist das Fehlen genügender Aborten. Es befindet sich auf dem ganzen Güterbahnhof nur ein Klosett und ein Pissoir und ist für die Frauen ein solches überhaupt nicht vorhanden, die vorhandenen Klosets genügen den Verhältnissen nicht, wenn man in Betracht zieht, daß ca. 250 Personen des Tags über den Güterbahnhof befinden und ferner ca. 70 Personen beiderlei Geschlechts auf dem Bahnhof tagtäglich beschäftigt sind und erübrigen sich wohl alle näheren Begründungen zur Schaffung besserer und genügender Anzahl Klosets und Pissoirs, welche aus Sicherheitsgründen für Männer und Frauen getrennt sein müssen.

Da der Güterbahnhof Luckenwalde an Verkehr von Tag zu Tag zunimmt, empfiehlt es sich wohl, daß baldigst Abhilfe geschaffen wird und sehen wir dieserhalb einer baldigen zusagenden Antwort entgegen.

Hochachtungsvoll

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverein Luckenwalde.

Auf die Gingabe erfolgte folgende Antwort:

Halle a. Saale, den 4. Februar 1908.

Auf die Gingabe vom 2. v. Mts. erwähnen wir ergebnis folgendes:

1. Das auf dem Güterboden in Luckenwalde mit der Annahme, Verriegelung und Ausgabe der Stückgüter beauftragte Personal ist im allgemeinen ausreichend bemessen. Störungen in der Abfertigung des Publikums sind allerdings vor Weihnachten v. J. dadurch eingetreten, daß zwei Stückgüterzüge wiederholt mit erheblicher Verzögerung in Luckenwalde eingetroffen sind und ihre Behandlung in Folge dessen in die Zeit unmittelbar vor Annahmeschluß fiel, in welcher der Andrang der Verkehrsinteressenten am stärksten ist. Im vergangenen Monat sind die Züge ohne größere Verzögerungen angekommen und daher ohne nachteiligen Einfluß auf die Abfertigung des Publikums gewesen. Sollten in Zukunft Störungen ähnlicher Art vor kommen, so behalten wir uns entsprechende Massnahmen vor.

2. Die Ladestraßen werden durch Laternen mit Gasglühlampen erleuchtet. Die Anzahl der letzteren ist ausreichend und die Art ihrer Anbringung zweckmäßig. Wir haben besondere Anordnung getroffen, daß sämtliche Laternen, so lange an den Freiladegleisen geladen wird, brennen und daß sie mit der erforderlichen Sorgfalt unterhalten, namentlich aber die Glasschalen stets gut gereinigt werden.

3. Die Herstellung besonderer Aborten für Männer und Frauen auf oder in der Nähe der Ladestraßen können wir nicht in Aussicht stellen. Dagegen ist gegen die Benutzung der Aborten für die Eisenbahnbediensteten eingetretene, unverschlossene Aborten durch das Publikum bis auf weiteres nichts einzuwenden, auch haben wir die Vermehrung der Abortfälle noch für dieses Jahr in Aussicht genommen.

Pedln.

An den deutschen Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Luckenwalde z. S. des Herrn

August Gebert bei Herrn F. Müller

in

Luckenwalde

Petri-Kirche 1.

Diese Antwort erregte bei den Kollegen großen Unwillen und wurde nochmals konstatiert, daß die in der Gingabe angeführten Missstände vorhanden sind, daß ferner die Benutzung der Aborten für die Angestellten des Bahnhofs reserviert sind und anderthalb die Aborten dermaßen entfernt liegen, daß eine Benutzung vollständig ausgeschlossen ist.

Es wird beschlossen, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung aller Bahnhofs-Interessenten stattfinden soll. Sollte dadurch eine Abhilfe nicht geschaffen werden, so soll eine Gingabe an das Ministerium gerichtet werden.

Mannheim. Der Streik der Kutscher bei der Mannheimer Petroleum-A.-G. ist beendet.

Trotzdem unsere Organisation in Deutschland ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat, so hat leider auch dieser Kampf gezeigt, daß noch sehr vieles in Bezug auf Aufklärung und Organisation der Massen zu tun übrig bleibt. Unsere Kollegen reichten am 4. März bei der Firma Vorwerke ein. Dieselben bewegten sich vollständig auf der Basis der bis jetzt in den hiesigen Fuhrbetrieben tatsächlich festgelegten Arbeitsbedingungen. Wir nahmen an, daß die Firma so viel Humanität beibehält, daß sie anstandslos ihren Kutscher die Forderungen bewilligt. Wir hatten uns jedoch getäuscht. Die Firma würdigte uns noch nicht einmal einer Antwort. Auf unsere Anfrage bei der Direktion erhielten wir von derselben den Bescheid, daß sie nicht in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen und daß sie mit der Organisation überhaupt keine Arbeit hätte. Dies war unseren Kollegen im Betriebe zu hören. Sie reichten bei der Firma ein Schreiben ein, worin sie bekundeten, daß die eingereichten Forderungen von ihnen festgelegt worden und daß sie auch auf denselben bestanden. Sollte sich die Firma nicht entschließen können, die Forderungen zu bewilligen, so betrachten sie das Arbeitsverhältnis innerhalb 8 Tage als gelöst. Die Firma machte auf dieses Schreiben das Bugeverständnis, die Lohn- und Brotdollars-Zahlung statt wie bisher monatlich, von jetzt ab wöchentlich vorzunehmen. Eine Erhöhung des Lohnes stellte sie für später in Aussicht. Wie lange das später dauert, war nicht darin vermerkt. Die Kutscher konnten zu diesem Bugeverständnis ihre Einwilligung nicht geben, sondern sie hielten ihre Kündigung hoch.

Am Montag, den 16. traten sie in den Streik. Noch am selben Tage waren jedoch auch ihre Stellen befehlt. Die Firma holte aus ihren Depots belesene Elemente, von denen sie wußte, daß diese als Werkzeuge der Arbeiterinteressen zu gebrauchen sind. Alle Rüste, dieselben auf das Verwirrfliche ihrer Handlungsweise hinzuweisen, waren vergeben. Die Firma regulierte außer einem Aufgebot von Schubleuten noch eine Kompanie Überwachungspersonal.

zum Schutz der Streitbrecher, die sich ja auch in ganz hervorragender Weise ins Heug gelegt haben. Wenn die Mannheimer Polizei im Falle eines großen Streites nicht fertig werden sollte, so empfehlen wir ihr, sich an die M. P. B. N. G. zu wenden. Die intensivste Vertretung des Prozentums und des Geldsacks wird dort von Seiten einiger Stehkrankenproletarier garantiert. Diese Herren im Geiste sie sind aufgetreten als wenn die ganze Firma ihr Eigentum wäre. (bleiben sie von meinem Wagen weg), oder (der Mann arbeitet bei mir, belästigen sie meinen Kutscher nicht), dies war so im allgemeinen die Ausdrucksweise dieser an Größenwahn leidenden Lohnarbeiter. Wir sind der Überzeugung, wenn wir diesen Ge-sellen einmal in ihre Familienverhältnisse hineinschauen würden, da könnte man dieselben traurigen Zustände erblicken, wie in der eines Tagelöhners. Natürlich der Standesdunkel muß gewahrt werden. Auch die bürgerlichen Blätter, die leider noch von so vielen unserer Be-russkollegen abonniert werden, scheut sich nicht Raus-reiherdienste zu leisten, indem sie Streitbrecherannoncen in ihren Blättern kursieren lassen. Auch die Streitbrecher-Wäros resp. Arbeitsnachweise in der Umgegend wurden in Bewegung gesetzt. So mussten wir erleben, daß sogar aus Stuttgart Kutscher vermittelten wurden. Unsere Kollegen bekamen bei dieser Bewegung schon so eine leise Auseinandersetzung wie ungefähr von den Scharfmachern in Zukunft bei Lohnkämpfen gearbeitet wird. Wir können das eine verschern, solange sich die Firma der Organisation gegenüber auf den Standpunkt stellt wie bisher, solange wird auch die konsumierende Arbeiterschaft ihr Urteil über sie in der Weise fällen, wie sie es verdient.

Mannheim. Eine von 800 Fuhrleuten besuchte Versammlung tagte am Sonnabend, den 22. März, in welcher der Gauleiter über Fahr- und Fachschulen, sowie über die Auslegung der Straßenpolizeiverordnung referierte.

Der reiche Besuch, welcher dem Referenten gespendet wurde, zeigte am deutlichsten, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat. In der Diskussion erwähnten verschiedene Kollegen ihre Erlebnisse, die sie mit der Polizei hatten auskosten müssen. Es wurde ein Beschluß gefasst, daß jeder Kollege sich verpflichtet, im Laufe des Jahres seine Strafmandate aus Verbandsbüro zu bringen, damit wir am Schlusse des Jahres unsern Stadtvättern und der Polizei zeigen können, wieviel Mark aus den Taschen der Kollegen in Form von Strafmandaten herausgeholt werden. Bereits befinden wir uns in der Lage über eine ganz ansehnliche Summe zu berichten. Hatte doch ein Kollege innerhalb 14 Tage für 84 Mark Strafmandate bekommen.

Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heute tagende von circa 800 Transportarbeitern besuchte Versammlung protestiert entschieden gegen die in letzter Zeit sich bemerkbar machende Verschärfung der Polizeimaßnahmen auf Grund der Straßenpolizeiverordnung.

Die Versammlung erhält in den gegenwärtigen Maßnahmen der Polizei zur Abwehr der Überstreichungen der St.-P.-B. und zur Herabsetzung der Zahl der Strafseinfälle als die nicht richtigen. Und zwar:

1. Weil auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen durch eine Massenverhängung von Strafmandaten sich die Situation um nichts geändert hat, sondern nur das Gegenstell zeitigt, insofern daß das gegenseitige friedliche Einverständnis, das zwischen dem Denker eines Gefährtes und der Polizei bestehen soll, von Tag zu Tag mehr schwindet und an dessen Stelle eine Erhöhung tritt, die zuletzt zu unlösamen Vorkommnissen führen muß.

2. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß ein großer Teil der Überstreichungen der Straßenpolizeiverordnung auf die Unwissenheit der Betroffenen zurückzuführen sind.

Auf Grund dieses Missstandes wäre es vor allen Dingen notwendig für Aufklärung und Belehrung zu sorgen.

3. Erachtet die Versammlung den § 88 der St.-P.-B. auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen nicht als hinreichend, um das Unternehmertum zu hindern, ungelehrte, des Fahrzeugs nicht kundige Kräfte mit der Ventilation eines Fahrzeugs zu beauftragen.

Die Versammlung verlangt daher:

1. Fahr- und Fachschulen und Unterstellung derselben unter eins sachmäßiges partikuläres Kommission, welche aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen zusammengesetzt ist.

Unterricht über die St.-P.-B.; Unterricht über Pferdepflege und Behandlung von einem Tierarzt.

2. Nur die in dieser Schule Ausgebildeten sollen zur Leitung eines Gefährtes herangezogen werden.

Dieselben müssen mit einem von der Prüfungskommission ausgesetzten Ausweis versehen sein.

3. Die Versammlung fordert, daß alle Straßen und Plätze, die für Fuhrwerke gesperrt sind, an Beginn und am Ende mit Warnungstafeln versehen werden.

4. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, obige Forderungen dem Bürgermeisteramt zu unterbreiten, und erucht die betr. Behörde um baldige Berücksichtigung derselben."

Leider ist zu bedauern, daß in der Versammlung nicht ein einziger Bierkutscher anwesend war trotzdem alle Kutscher Mannheims eingeladen waren. Hätten stellen sich die Bierkutscher auf den Standpunkt, daß sie als Brauerarbeiter die Interessen der Transportarbeiter nichts angehen?

Der Bierkutscher ist ein Transportarbeiter, sein Arbeitsgebiet ist die Verkehrsstraße, und da wäre es auch Pflicht von diesen Kollegen, bei derlei wichtigen Angelegenheiten zu erscheinen.

Reichenbach i. B. Wer anderen eine Grube gräbt, um ihre Ehre zu wahren, die ein sogenannter „Auchkollege“ zu beschützen sich erdreiste, müßten unsere Kollegen der Firma Röber in eine Bewegung eintreten. Ein Geschäftsführer Dettel, natürlich unorganisiert, glaubte

für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, von seinen Kollegen als von „Verbandsklumpen“ und anderen derart gewählten Ausdrücken reden zu können. Seine Kollegen verspotteten logischerweise wenig Lust, sich von einer Person vom Schlag eines Dettel derart gräßlich beschimpfen zu lassen und wandten sich an den Chef der Firma. Durch die Ortsverwaltung unseres Verbandes ließen sie der Firma nachstehendes Schreiben zustellen:

Reichenbach i. B., den 27. Februar 1908.

An die wohlbl. Firma Röber, hier.

Sehr geehrter Herr Büchner!

In einer am 27. 2. 1908 von Ihren Arbeitern arrancierten Betriebsbesprechung wurde über das Verhalten des Kutschers Dettel seinen Mitarbeitern gegenüber lebhafte Klage geführt. Dettel benutzt die Tatsache, daß seine Mitarbeiter dem Transportarbeiterverband angehören, dazu, dieselben fortzuführen in der gräßlichsten Weise zu belästigen. Die Ortsverwaltung der Transportarbeiter sieht sich deshalb veranlaßt, im Interesse seiner Mitglieder und zur Erhaltung des Friedens in dem Betriebe hier vermittelnd einzutreten, bevor es zu ernsten Disputationen kommt. Wir wollen sehr unsere Meinung über den betreffenden Dettel nicht fundieren, sollten Sie dies aber wünschen, so können wir Ihnen mit geeignetem Material aufwarten. Es soll lediglich durch diese Zeitschrift Ihr Augenmerk auf die Vorfälle gerichtet werden, damit Sie Schritte in dieser Sache tun können. Ein Interesse Ihrer selbst und auch in dem Ihrer langjährig erprobten Arbeiter wird es liegen, wenn eine gegenseitige Heimweh vermieden würde.

Die hiesige Ortsverwaltung der Transportarbeiter wurde von Ihren Arbeitern beauftragt, Ihnen zu erklären, daß, wenn besagter Dettel noch im Betrieb bleibt, der Friede nicht erhalten bleibt und sich eine ernste Stellungnahme zu den Vorkommnissen von Seiten des Verbandes nicht vermeiden läßt.

Mit aller Hochachtung

Deutscher Transportarbeiterverband.

Ortsverwaltung Reichenbach i. B.

Das Resultat dieses Schreibens war, daß pp. Dettel sein Bündel sofort schnüren und seiner Wege ziehen mußte. So rächtet sich der Ausfluss dieses edlen Charakters an sich selbst, vielleicht hat er nun Zeit, sich über die einfachsten kollegialen Pflichten zu unterrichten. Dettel hat sich nach Zwickau gewandt, höchstens wird dort eine zweite Kur nicht notwendig.

Schwerin. Unternehmersichtlosigkeit. Kürzlich starb hier ein Betriebskollege, der viele 85 Jahre treu und ehrlich bei der Abfuhrgesellschaft gedient hatte. Die Kollegen baten um ein paar Stunden Urlaub, um dem Verstorbenen die letzte Ehre geben zu können. Dies wurde ihnen gestattet, zugleich trug Ihnen der Unternehmer aber noch so viel Arbeit zur sofortigen Erledigung auf, daß sie nur unter Mühsalnahme ihrer Mittagspause die Zeit zum Begräbnis seines treuen Arbeiters keine Stunde Arbeitsverlust.

Auch ein Charakteristikum der Zeitverhältnisse.

Speyer. Der hiesige Kunstmüller Dieffenbacher beschäftigt einen Oberknecht, der da glaubt, seine Arbeitkollegen ungern mit Prügel strafieren zu können. Als kürzlich ein Kollege etwas spät von einer Landtoir nach Hause kam, traktierte ihn der „Ober“knecht Vogler so, daß das Blut nur so herunterlief. Unsere Verwaltung wurde daher bei dem Chef des Kneipels schriftlich vorstellig, der Herr Kunstmüller meinte aber, daß er sich von der Organisation nichts dreinreden lasse. Dieser Herr sucht sehr Fuhrleute aus anderen Gegenden zu engagieren, weil sein Schläger am Orte schon zu sehr bekannt ist. Wer sich da einfangen läßt, der weiß jetzt, was ihm bevorsteht. Ein übrigen raten wir unseren Kollegen dringend, in jedem wieder vorkommenden Falle den Brüderhelden Vogler zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu bringen.

Komddianten und Narren scheinen auch in der „Südwestdeutschen Arbeitgeberzeitung“ Ihre Gespensterjeherei zu treiben. Wir wissen ja schon lange, daß Hass und Durch alle dentbaren Blütenformen treiben, aber daß sie den Glöckel menschlicher Blödsinnigkeit zu schaffen vermöchten, das hätten wir doch nicht vorausgesetzt. Aber es ist so beschuldigt uns da genanntes, unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes „Scharfmacherblättchen“, einer gewissen Gemeinschaft mit dem „Fuhrhalter“, dem bekannten, allerdings anständigen, Berliner Fuhrherrenorgan. Um solche Behauptungen zu wege zu bringen, bedarf es schon eines ziemlich fortgeschrittenen Stadiums der Paralyse. Ein normales Gehirn würde derartig haarsträubenden Unfug wirklich nicht fertig bringen.

Uns ist um die Gesellen des Herrn Kraatz hängt, möge er sich ihret erbarmen und sie schleunigst in irgend eine Kaltwasserhölle schicken, es ist wirklich höchste Zeit, sollen diese genialen Denker den Arbeitgebern erhalten bleiben.

Arbeitgeber, die noch ein gütiges Gefühl haben, sollten sich schämen, eine Keppe auszuhalten, das seinen Geifer nur unter dem Schutz der Nacht zu verspielen wagt. Habt ihr ein halbwegs reines Gewissen ihr Herzen, dann heraus auf den Plan, nur Freiheit und schlechende Niederracht verbirgt sich in den sicherem Winkeln der Finsternis. Wahrheit scheut die Sonne nie. Heraus ihr sorgfältigen, zitternden Ritter, ihr Helden von der traurigen Gestalt, heraus auf den Tanzplatz. Wir spielen auf

und Rechtsschutzsachen wurden der Gauleitung zur Erledigung überreicht. Die nächste Versammlung soll Dienstag, den 7. April, abgehalten werden, der Gauleiter hat sich erscheinen zugesagt.

Berlau i. d. M. In der Generalversammlung am 29. Februar referierte ein Berliner Kollege und wurde seine Darlegungen mit großem Beifall aufgenommen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Gottling als 1. und Bartels als 2. Bevollmächtigter, Segert resp. Bartels als Kassierer, Bultovski als Schriftführer. Im 4. Quartal wurde eine Einnahme von 201,65 M. erzielt, nach Abrechnung verbleibt ein Kassenbestand von 124,45 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten trat Schlüß der Versammlung ein.

Danzig. Am Sonntag, den 15. März fand unsere Mitgliederversammlung, Abteilung Speicherarbeiter, statt. Der Referent sprach über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Die Speicherarbeiter hätten es am allernotwendigsten, sich ihrer Berufsgenossenschaft anzuschließen. Wie sich die Kollegen mit einem Wochenlohn von 12—18 M. in der Zeit der wahnsinnigen Lebensmittelverteuerung durchschlagen, bleibt für jeden denkenden Menschen ein Rätsel. Auch unterliegen die Kollegen einem elenden Altkreditsystem, welches ihre überaus lange Arbeitszeit noch bedeutend verlängert. Müssen die Kollegen Speicherarbeiter dem Unternehmer bei langer Arbeitszeit, in den ungesunden, staubigen Kleispeichern schufteten, so sind sie auch gezwungen ihr Frühstück- oder Mittagsbrot auf den Treppen oder in den Gängen zu verzehren. Es fehlt hier jeder Speise- oder Kleiderraum, es fehlt jede Waschvorrichtung. So bei der Firma Flinger & Döring, bei S. Ankner u. s. w. An den Kollegen wird es liegen, alle im Beruf herrschenden Mißstände zu beseitigen. Das heißt, wenn sich jeder seiner Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließt. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus und versprachen nicht eher zu ruhen, bis auch der lebende Speicherarbeiter Mitglied unserer Organisation geworden ist.

Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurde die von über 50 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Dresden-Schachwitz. In der weiteren Umgebung Dresdens sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch als sehr verbessерungsbedürftig zu bezeichnen. Die Arbeitszeit ist, wie ja schon im Stechensichtsbericht hervorgehoben wird, eine unmenschlich lange, so daß Unglücksfälle sehr häufig sind. Man sollte nun glauben, daß die Kollegen alle ihre Kräfte einsetzen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und namentlich eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen. Dazu gehört aber ein besserer Versammlungsbesuch und regere Beteiligung an Verbandsangelegenheiten. Hochhaltung des Verbandes, gegenseitige Aufklärung und festes Zusammenhalten sind notwendig, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Es wird an den Kollegen liegen, dafür zu sorgen, daß die nächsten Versammlungen so besucht sind, daß man sie als unserer Kollegen würdig bezeichneten kann.

Düsseldorf. Wer lernen will, wie es gemacht wird, einer eimortstreben Organisation ihre wichtigste Lebenskraft — das Versammlungsleben — zu nehmen, kann von den Düsseldorfer Kollegen lernen.

Die letzte außerordentliche Mitgliederversammlung war von sieben älteren Kollegen besucht. Alle anderen Besucher waren entweder noch nicht oder erst seit einigen Wochen organisiert. Ein Grund für das Fernbleiben zu suchen, wäre zwar nicht schwer. Es stand nur ein einziges Thema zur Verhandlung, „Der politische Klassenstreit“. Derartige Sachen geben anscheinend den organisierten Düsseldorfer Transportarbeitern über ihren Horizont.

Folgende Sektionen waren gänzlich unvertreten: Die Fensterputzer sowie die Bettungsfrauen und von den Gewerkenorganisationen hatte sich ein einziger Kollege eingefunden. Bekanntlich wird der Mensch immer so behandelt, wie er es sich gefallen lässt. Weil eine Ortsverwaltung auch nur aus Menschen besteht, wird es dieser gerade so gehen. Läßt sie sich eine derartige Drückebergerei nicht gefallen, so ist in dieser Sache schnell Wandel geschaffen. Entweder kommen die Mitglieder in die Versammlungen oder die Mitglieder-Versammlungen werden so lange aufgehoben, bis es gelungen ist, solche Kollegen und Kolleginnen zu finden, die sich der Sache des kämpfenden Proletariats als überzeugte Kämpfer widmen, und sich nicht durch Beitragszahlungen für die Sache begeistern und durch Versammlungsschwänze der mühevollen agitatorischen Arbeit der Gesamtheit als Ballast anhängen. Nur wenn wir alle, gerade in diesen Monaten, wo uns doch der Märzwind so günstig war, unsere Person für die Sache opfern, können wir einen der Stadt Düsseldorf angemessenen Transportarbeiter-Verband schaffen.

Wir bilden uns ein, hier einen guten Stamm von Mitgliedern zu haben, dieser soll zum größten Teil bei den oben als fehlend genannten Sektionen zu suchen sein. Wenn die Organisation als Sturmbock gebraucht wird, ja dann ist der Stamm ausgerechnet in diesen Branchen. Ist jedoch die stillschweigende agitatorische Tätigkeit zu leisten, wo jede einzelne Person sich in den Dienst der Sache stellt muß, dann zeigt sich auch nicht ein Funken von Disziplin oder gewerkschaftlichem Pflichtgefühl, da macht jeder wie es ihm beliebt und deckt sich mit den anderen, die es ebenso machen.

Aber auch unserer „Ehrenmitglieder“ wollen wir mal hie gedenken. Die zahlen ihre Beiträge, empfangen ihren „Courtier“ — lesen tun sie ihn wahrscheinlich nicht — und damit haben sie schon so viel getan, daß ihnen zu tun nichts mehr übrig bleibt. Jahrzehntaufen ihre Namen die Mitgliederliste und kennen tut sie nur der Bezirksschafferer. Wie ein solches Verhalten zu bezeichnen ist, wäre noch nicht so leicht gemacht. Jedermann darf sie das eine feststellen, daß alle notorischen Versammlungsschwänzer sind, am allerersten selber betrügen, wenn sie der Meinung sind, sie gehörten auch zu den organisierten Arbeitern.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bauern. In unserer am 10. März abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Gauleiter über die „Schlüsse der Gauvorstandstreffen“. Die anwesenden Kollegen gaben ihr Einverständnis und sprachen sich dahin aus, daß öfter derartig anregende Veranstaltungen abgehalten werden möchten. Ein Anzahl Unterstützungs-

Frankfurt am Main. Am Sonntag, den 15. März fand eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Gleichzeitig stand die Frage der Beitragserhöhung zur Veratung. Diese Angelegenheit wurde bereits in einer Vortragsmännerversammlung behandelt und dort einstimmig beschlossen, der Mitglieder-Versammlung die Erhöhung des Beitrages von 45 auf 50 Pf. zu empfehlen. In der Versammlung sprachen sich die meisten Redner für die Erhöhung des Beitrages aus, und wurde hierauf mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, vom 1. April ab den 50 Pf. Beitrag einzuführen und zwar unter Fortfall des bisher vierteljährlich gelebten Streitmarken. Dieser Beschluss wird allen Mitgliedern durch ein gedrucktes Circular zur Kenntnis gebracht. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Märzfeier, erläuterte Kollege Ständer kurz die Bedeutung des 18. März für die Arbeiterklasse und forderte dabei auf, soweit es möglich ist, an diesem Tage nachmittags die Arbeit ruhen zu lassen, damit durch die Teilnahme an den um 4 Uhr stattfindenden Versammlungen eine gewaltige Demonstration zustande komme. Mitgeteilt wurde, daß in einigen Betrieben die Kollegen bereits von ihren Arbeitgebern frei bekommen haben. Alle Feiernden treffen sich am 18. März, nachmittags 8 Uhr, bei Vogel, Bornheimer Landstraße 18, und im Restaurant Lindenfels, Fahrgasse 128. Hierauf wurden einige Gründungsverschärfungen vorgenommen. Der bisherige Vorsitzende Arnold überredete am 1. April nach Hefel, und wurde an seine Stelle der Kollege Fritz Richter gewählt.

Breisburg i. W. Am Sonnabend, den 21. März fand eine Versammlung der bei der Firma Gebrüder Mengler beschäftigten Arbeiter statt. Lange haben wir all den Ehrenamtlichen, mit denen man die Arbeiter schürzte, zugehören; doch nun endlich schien es uns auch genug. Der Bevollmächtigte holte das Referat übernommen, aus welchem vor folgendes hervorheben. Wenn wir bedenken, wie ungewöhnlich Mühe und Arbeit es kostet, um vor ungefähr Jahresfrist die Kollegen von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und wie sich die Gegner einer freien Organisation, zu denen auch die Herren Obaleute und Firmeninhaber gezählt werden müssen, alle erdenkliche Mühe gegeben haben, um dieselben wieder zu vernichten und nicht davor zurückgeschreckt ist, einzelne vermeintliche Räuberschäfer entlassen, andere mit Entlassung drohend, so muß konstatte werden, daß der Arbeiterwille stärker war als alle diese angewandten Mittel und Mittelchen. So kam es zum Abschluß eines Tarifes und wenn derselbe auch auf 8 Jahre vereinbart werden mußte, so hat er nachweisbar sehr schwere materielle Erfolge den Einzelnen gebracht. Lassen wir dieses alles an unserem geistigen Auge vorüberziehen, dann sehen wir selber, nachdem dieses erreicht, wie wenig sich die Kollegen um ihre Organisation kümmern, andere es überhaupt nicht der Mühe Wert finden, Mitglieder zu werben oder eine Versammlung zu besuchen, nachdem ihnen der Verband die Kastanien aus dem Feuer geholt. Die Kollegen sehen schiefbar nicht ein, daß das, was sie auf auf einer Seite errungen haben, ihnen auf der anderen wieder abgenommen wird. Die Lebensmittel-, Wohnungs- und Feuerungsspreize sind gerade im letzten Jahre ungewöhnlich in die Höhe geschnellt. Horner hat die Firma ein Strafssystem eingeführt, welches von den Beamten für den äußeren Dienst gehabt, zu einer wahren Gefahr für die Arbeiter geworden ist. Auch hier wird den Arbeitern ihr sauer Verdientes wieder abgeknüpft. Wegen der geringfügigsten Kleinigkeiten werden Strafen von 50 Pf., 1 Mt. und 150 Mt. verhängt und am Bahnhofe einschließlich vom Lohn abgezogen. So soll es schon vorgekommen sein, daß einem Arbeiter am Bahnhof 2 und 8 Strafzettel, anstatt Geld eingehändigt wurden. Dieser Beamte Herr Seuffert ist sein Name, lauert im Versteck wie die Raie auf den Vogel, um, wie bereits gesagt, wegen einer Kleinigkeit den Arbeitern einen Strafzettel aufzuhängen. Auch bezahlt der Herr Seuffert die Nebenkosten und das Kohlengeld an die Arbeiter. Hier soll es wiederholt vorgekommen sein, daß die Arbeiter 8-4 Wochen warten müssten, und wegen ihrer Reklamation noch anschauzt würden. Auf alle Fälle wäre zu wünschen, daß dieser Herr sich bessert. In unserem Tarif wurde auch die Wahl eines Arbeiter-Ausschusses verlangt, dieser wurde auch gewählt, doch ohne Erfolgsmänner, weil es nicht verbindbar worden ist. Nur der Wahl gingen fünf organisierte Kollegen hervor und da es in der neuen Arbeits-Ordnung selbst wörtlich heißt:

Der Arbeiter-Ausschuß soll das vermittelnde Organ zwischen Betrieb und Arbeiter sein, unter Umständen auch unter Arbeitern selbst. Derselbe soll es für seine Aufgabe und Pflicht erachten, den Geist der Zusammengehörigkeit, der Ordnung, der Gerechtigkeit und der guten Sitten im Geschäft zu erhalten und zu fördern.

So hatten wir die beste Hoffnung, daß der Ausschuß auch seine Pflicht im Interesse des Gesäßes und der Kollegenschaft befölgt. Doch kaum war das Wahlresultat bekannt, da wurde gesagt: Na einzelne werden nicht lange im Ausschuß sitzen. Und der Mann hat Recht gehabt. In kürzer Zeit waren 2 Ausschüß-Mitglieder zum Teufel gejagt und keinem Menschen wäre es eingefallen an eine Gräfinwahl zu denken. Von den noch drei Ausschüß-Mitgliedern hat man nun auch kein Sterbenswürdigen mehr gehört, zu was denn auch. Einer davon hat durch den Tarif 80 Pf. pro Tag, das sind 5,80 Mt. pro Woche, mehr Lohn bekommen. Da braucht man sich nicht mehr um seine Organisation und um seine Kollegen zu kümmern.

Hier muß es unsere Aufgabe sein, bei den Neuwahlähnlichen Leute in den Ausschuß zu bringen. Aber auch Erfolge müssen gewahrt werden. Ferner wollen wir eine richtige Auslegung und Handhabung des § 24 der Arbeits-Ordnung. Nicht daß man einem einzelnen Ausschüßmitglied sagt, es habe zu bestimmen wie die Strafgelder verwendet werden sollen. Hier muß der Gesamt-Ausschuß geheil werden, dieser hat der gesamten Kollegenschaft Vertrag und Antrag zu erstatten, und erst wie diese beschließen, zu handeln.

Auch die Behandlung der Arbeiter von einzelnen Vorgesetzten wird einer starken Kritik unterzogen. Erwachsene Männer sollen und dürfen nicht als Kreuzen und Jungens behandelt werden. Dann auch noch ein Wort zu den ersten in jüngster Zeit vorgekommenen Entlassungen. Wir haben

uns wohl an die Firma um Auskunft gewandt, aber die prompte Antwort bekamen: Geht Euch nichts an. Uns kommt es vor, als wolle man hier in einzelnen Fällen die tariflich festgelegte Aufbesserung sparen. Wäre dem so, so wäre dieses nicht gerade nobel. Die Versammlung hat gezeigt, daß von Seite der Organisation alles aufgeboten werden muß, um die wieder eingerissenen Missstände zu be seitigen. Bei einem halbwegs ehrlichen Mitarbeiter der betreffenden Kollegen muß es auch gelingen, unbekümmert einiger Verräter und Denunzianten seien.

Hann. Am Sonntag, den 5. April, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Endlich, nach längerer Zeit, ist es wieder gelungen, die Kollegen etwas zusammenzubringen, was doch in Anbetracht der schlechten Verhältnisse hier am Orte ein leichtes sein müßte, um endlich einmal Remedy zu schaffen. Haben doch die Fuhrleute, in den Expeditionsbetrieben keinen Anfang und kein Ende, von den anderen Unternehmern ganz zu schwelgen. Offenbar arbeiten die Kollegen am Ausbau unserer Organisation kräftig mit, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, daß wir in Hann. menschenwürdigere Verhältnisse für unsere Kollegen erkämpfen können. Denn ohne Kampf kein Sieg, ohne Opfer auch keine Erfolg. Darum, Kollegen, hinein mit den noch Fernstehenden in den Verband.

Wir hatten vier Maßnahmen zu verzeichnen. Den Kartellbericht gab Kollege Braun. Hervorzuheben ist, daß in allerdrücktester Zeit ein Konsumverein errichtet wird, an welchem sich die verherrlichten Kollegen vollzählig beteiligen sollen. Aufnahmen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. Als Beitragskassier wurde der Kollege Schumann gewählt. Weiter wurde beschlossen, am 5. April ein Kränzchen zu veranstalten, als Komitee sind die Kollegen Wenzler, Böhmer, Faros, Dembinsky und Michaus gewählt, hoffentlich wird der Besuch der Kollegen sowie der Indifferenter ein guter. Wir werden dafür sorgen, einen guten Redner zu erhalten.

Die Ortsverwaltung wurde durch folgende Kollegen ergänzt: 2. Vorsitzender Böhmer, 2. Kassierer Gorgas, 2. Schriftführer Schumann und als Kartelldelegierter Kollege Gorgas, hierauf Schluss der Versammlung.

Homburg v. d. H. In unserer Mitglieder-Versammlung am 22. März referierte der Gauleiter über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und fand mit seinen treiflichen Ausführungen großen Beifall.

Die Kollegen wurden dann noch aufgefordert für den Verband fleißig zu agitieren und auch die Versammlungen stets zahlreich zu besuchen, damit wir in absehbarer Zeit in die Lage kommen eine Lohnbewegung zur Verbesserung unserer tristen Arbeitsverhältnisse zu führen.

Meuselwitz S.-M. Am 17. März hielten wir eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst referierte der Gauleiter über „die Beschlüsse der Gauvorstandeskonferenz“. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen in allen Punkten einverstanden. Im zweiten Punkte gab der Gauleiter Aufschluß über den Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe im Herzogtum Altenburg und betonte dabei die augenblickliche Situation unserer Kollegen in Altenburg (Stadt). Für den bevorstehenden Kampf wurde unsern dortigen Kollegen volle Sympathie entgegengebracht und dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß die Kollegen den Kampf siegreich bestehen mögen. Unter Verschleiden gab der Kartelldelegierte Bericht von der letzten Kartellsitzung. In dieser haben die Lagerhalter einen Antrag eingebrochen, der dahin geht, daß in den Gewerken eine Abstimmung erfolgen soll darüber: „Einen moralischen Druck auf die Verwaltung des Konsumvereins auszuüben, damit dieselbe an Sonntag Nachmittagen den Verlauf einstellen lasse, resp. die Läden Sonntags nachmittags geschlossen halte.“ Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die sehr zahlreichen versammelten Transportarbeiter nehmen Kenntnis von dem Bericht des Gewerkschaftskartells. Sie begrüßen es aufs freundlichste, daß auf die Konsumgenossenschaft eingewirkt werden soll, an Sonntag Nachmittagen die Läden zu schließen und den Verkauf einzustellen. Gleichzeitig spricht die Versammlung aber für den vollständigen Sonntags-ladenabschluß aus, denn nur bei diesem ist eine vollständige Sonntagsruhe verbürgt.“

Münden. Am Sonntag, den 22. März, fand in den Zentralräumen eine außerordentlich gut besuchte Versammlung der Kaufleute und Fuhrleute statt. Die Tages-Ordnung lautete: „Das Vorgehen der Arbeitgeberverbände im Transportgewerbe und Stellungnahme hierzu.“ Mit gespanntem Interesse und in größter Ruhe folgte die rund 1000 Kollegen zählende Versammlung den Ausführungen des Gauleiters. Er schiberte zunächst die Tarifkündigungen im Baugewerbe durch die Arbeitgeberverbände, die geringe Gewinnlichkeit der Arbeitnehmern entgegenzuladen. Die Tugendhaftigkeit erklärten sie, sollte anerkannt werden. Wenn nicht alles fröhlich, so könne die von den Arbeitgeberverbänden eingeleitete Provokation der Arbeiterschaft und die herausfordernde Haltung während der Verhandlungen die allgemeine verbreitete Ansicht, daß diese eine allgemeine Aussperrung zur Vernichtung der Organisation und zur beliebigen Reduzierung der Löhne usw. herbeiführen wollen, diese nur festigen. Selbstverständlich konnte, nachdem es doch einmal zur Abrechnung mit der Organisation kommen soll, die Schwerpunktversammlung mit der Kündigung des Tarifs nicht zurückbleiben, da sie sich bei einer eventuellen Aussperrung im Baugewerbe in der wenig befindenswerten Lage befindet, von selbst die Arbeit einzustellen zu müssen. Weils nun in einem geht, denken sie bei einer allgemeinen Aussperrung ihre Fuhrleute schneller von der Suppenschüssel, wie diese Herren sich ausdrücken, los zu haben und zugleich einen Haftschlag zu führen, nämlich diejenigen, durch die Lohnbewegung vor 2 Jahren erzielten Lohn von 24 Mt. auf 22 Mt. herabsetzen zu können.

Bei den heutigen enorm gestiegenen Lebensmittel-, Miet- und Steuerverhältnissen, wären solche Ansprüche eine Hölle, sondernsonst, sie gleiche einer Provokation der Arbeiterschaft, wie ein Es dem andern, welche sich die selbe unter keinen Umständen gefallen lassen kann und alle Kräfte seien anzuspannen, einem solchen Ansturm von Seiten der Arbeiterschaft mit gebührender Schärfe entgegen zu treten. Beige doch das rücksichtslose Vorgehen des Lohn-

Verhältniss, die, nachdem der Streik bereits abgebrochen, 176 Familienväter mit 327 Kindern auf das Pflaster warf, weil sie einen schlechteren Tarif als bisher, was in erhöhtem Maße für die Chauffeure zutrifft, nicht annehmen und einen Nevers, worin sie sich verpflichtet sollten, aus der Organisation auszutreten, einstimmig zurückzuleben. Obwohl es ihnen selbst nicht wohl ist bei der Sache und in verschiedenen Ställen die Pferde wegen ungünstiger Pflege, aus Mangel von Leuten, lausig geworden sind, wird dennoch dieser prehige Standpunkt beibehalten. Dem Arbeitgeber läge ja nichts daran, wenn eine Anzahl armer Schlucker zu Gunsten des Großkapitals zu Grunde gingen.

Aus all dem könnten die Kollegen ersehen, daß das, was vor Jahren durch das Buchthalgesetz verlangt worden war, heute von den Arbeitgebern ausgeübt wird und es sei mehr denn je Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, dazu zu helfen, die Organisation auszubauen zu einer Macht, die die reaktionären Angriffe der Arbeitgeberverbände gebührend zurückzuweisen die Kraft besitzt und die künftigen Lohnbewegungen stets zu Gunsten der Kollegen zu gestalten. Hiermit schloß Referent unter beaudem Beifall seine Ausführungen.

Nach einer lebhaften Diskussion, die sich im großen ganzen mit den Ausführungen deckte, wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den sehr berechtigten Ausführungen des Referenten Kollegen Dobler einverstanden. Die Kollegen erkennen, daß das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes ein herausforderndes und provokatorisches ist. Die Versammlung ist der Meinung, daß in der gegenwärtigen Zeit der Lebensmittel- und Wohnungsverteilung sowie der Erhöhung der Steuern unter keinen Umständen eine Herabminderung der Löhne stattfinden kann und darf. Sollte in der nächsten Woche bei der Verhandlung zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und den Arbeitgebern keine Einigung zustande kommen, so verpflichten sich die Kollegen heute schon, allen Anordnungen der Organisation Folge zu leisten, da sie nur in der Organisation der einzigen Macht faktor erkennen, der für die Verbesserung ihrer Lebenslage eintritt und geloben heute, an der Organisation festzuhalten.“

Hierauf schloß Kollege Eichner mit einem kräftigen Appell zur Einigkeit und solidarischem Handeln die erhebend verlaufene Versammlung.

Neu-Ruppin. Am Sonntag, den 15. März tagte im „Schwan“ eine öffentliche Versammlung aller im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeitern und Kutschern. Es war dies die erste Berufs-Versammlung, welche hier in der alten Stadt der Pyritz stattfand. Die Versammlung zeigte einen guten Besuch und lauschten alle dem Vortrag unseres Gauleiters.

Nach dem Vortrag segte eine rege Diskussion ein, in der zu führen war, daß alle Anwesenden wohl von der Notwendigkeit durchdrungen waren, eine Berufsorganisation am Orte zu schaffen.

Einige Kollegen schilderten die traurigen Verhältnisse, unter welchen die Kutschern und Arbeiter ihr Leben fristen müssen, ferner die überaus lange Arbeitszeit.

Es wurde beschlossen, daß in allerdrücktester Zeit wieder eine Versammlung stattfinden und in welcher dann die Gründung einer Verwaltungsstelle vorgenommen werden soll.

Regensburg. Montag, den 2. März, fand eine allgemeine Lände-arbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Rudolf über das Gebaren, welches die Österreichische Donaudampfschiffahrt-Gesellschaft gegen ihre Arbeiter an den Tag legt, sprach. Die Lände-arbeiter wurden in dem heurigen Jahre ganz bedeutend in ihrem Arbeitslohn zurückgedrängt, und zwar pro Waggons um 1 Mt. Es konnte ja leicht nachgewiesen werden, daß die Arbeitgeber nur die Kräfte der Arbeiter ausnutzen, bis sie alt und schwach werden, dann bekommen diese einfach den Rücktritt. Kollege Rudolf legte den Erschienenen klar, daß die Arbeitgeber heute besser organisiert seien als die Arbeitnehmer, und auf diese Art können sie mit den brutalsten Mitteln vorgehen, ebenso daß ohne Organisation keine Besserung zu hoffen ist. Der Vorsitzende Kirchberger wies dann ebenfalls nach, daß bei der Österreichischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft seit dem letzten verlorenen Streik der Christlichen vor 3 Jahren nur immer Zwietracht unter den Arbeitern ist; es wurden nämlich 25 Mann im Monatsgehalt von 85 Mt. angestellt. Was ihnen nebenbei versprochen wurde, ist bis heute nicht in Erfüllung gegangen, und sie sollten doch bedenken, was die Eheralen und die Christlichen bei Land- und Reichstagswahlen den Arbeitern alles versprechen. Ist dann die Stimme abgegeben, dann wollen sie von den Arbeitern nichts mehr wissen. Die Herren Liberalen von der Österreichischen machen ja bereits sehr viele zu 5 Mark-Bürgern und im Arbeitsverhältnis hinterdrein zu Klüppeln und Bettelunter. Wenn da den Kollegen bis heute die Augen noch nicht aussehen, dann ist es sehr bedauerlich. Das Referat fand auch allgemeinen Beifall. Es erfolgte dann Schluss der Versammlung.

Moda v. Jena. Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag, den 15. März, nachmittags 8 Uhr, im Rotkehl für die Geschäftsführer und Handelsarbeiter statt. Die von der Zahlstelle Jena einberufene Versammlung hatte sich, durch die rege Agitation, welche am Vormittag durch einzelne Kollegen noch getan war, eines recht guten Besuches zu erfreuen. Denn die Kollegen waren trotz des schlechten Wetters Stundenlang hergekommen, um endlich einmal die schlechten Verhältnisse, unter denen sie zu leben haben, nämlich eine Arbeitszeit von 96 bis hundert und noch mehr Stunden pro Woche und den dafür gezahlten Lohn von sage und schreibe 12,60 Mt. ohne jede weitere Vergütung, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Beweis dafür ist, daß mehrere Kollegen schon vor der Versammlung ihren Beifall zur Organisation erklärten.

Die Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Jena referierte über das Thema: Wie können wir unsere Lohns- und Arbeitsverhältnisse den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. In an nähernd eineinhalb Stunden hatte Redner die anwesenden Kollegen zu der Überzeugung ge-

bracht, daß sie ohne Organisation nicht mehr sein können, und es erklären demzufolge noch mehrere Kollegen ihren Beitritt.

Der überaus große Beifall für die vorzüglichen Ausführungen des Referates gab kund, daß die Delegierten sich bereit erklärt haben, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Einige versprachen in der nächsten Versammlung beizutreten.

Darum auf Kollegen! Werdet Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes, dieser nur allein sorgt in unserem Berufe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Auch die Kollegen in Jena müssen es sich noch mehr zur Pflicht machen, der Organisation stets neue Mitglieder zuzuführen, denn nur in der Macht liegt der Sieg.

Wittenberge. Nach einem langen Winterschlaf scheinen unsere Kollegen endlich wieder aufgewacht zu sein. Am 14. März fand eine sehr gut besuchte Versammlung statt und hatten sich auch einige unorganisierte Kollegen eingefunden. Ein Kollege hielt einen Vortrag über den Zweck und Nutzen unserer Organisation. Seine trefflichen Ausführungen wurden mit Spannung aufgenommen. Am Schlus seiner Ausführungen ermahnte Redner die Anwesenden, recht kräftig für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Kollege Hampse schilderte das Verhalten der Polizeiorgane gegenüber den Transportarbeitern und brachte einen Fall zur Sprache, in welchem fünf Kollegen auf einmal mit einem Strafmandat in Höhe von je 8 Mk. bedroht worden sind. Mit Recht führte Redner an, daß die Herren Unterbeamten gar keine Ahnung von der Tätigkeit eines Aufsichters hätten. Selbstverständlich ist gegen die Strafmandate gerichtliche Entscheidung beantragt worden.

Über das Vorgehen der Polizei entspann sich eine lebhafte Debatte und waren alle Anwesenden davon überzeugt, daß, wenn Verbesserungen Platz greifen sollen, dieses nur durch eine starke Organisation möglich sei.

Hierauf erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Bittau. Am 15. März fand eine, wie gewöhnlich nicht zu stark besuchte Versammlung statt, in welcher ein Kollege über die Arbeiterschulgesegebung im Transportgewerbe referierte. In kurzen, treffenden Worten schilderte Redner, wie die Unternehmer bestrebt sind, die Gesetze zu missachten, also zu hintergehen; noch vieles fehlt, was wir verlangen müssen. Verschiedene Diskussionsredner bedauerten, daß nur so wenig Kollegen anwesend sind, da es not tut, herartige Vorträge mit anzuhören.

Eine recht lebhafte Debatte gab es unter Berücksichtigung bezüglich der Gründung eines Kultischer-Bergungs- und Unterstützungs-Vereins. Die erste Versammlung hat in der Vollslüsse stattgefunden und wurde unsererseits nur von drei Kollegen besucht, und durch deren Eingreisen in die Debatte die Gründung vereitelt.

Ein Wort an die Kollegen! Tretet nicht in solche Klimbimvereine ein, denn an eine Unterstützung ist ja nicht zu denken bei monatlich 30 Pf. Beitrag. Wollt Ihr etwas Ganzes, so tretet in den Transportarbeiter-Verband, da gibt es Unterstützung, wenn Ihr 52 Wochen dabei seid. Wenn Ihr Euer Geld in einen solchen Verein gebt, und es kommen nur 2-3 Fälle von Unterstützung vor, ist das Geld alle, und die anderen haben das Nachsehen. Auch steht Ihr unter einer ständigen Kontrolle der Unternehmer.

Wir brauchen einen Bergungsverein nicht; denn dem alten Spruch: "Geld ist da, nur das Bergüngsfehl", brauchen wir nicht zu huldigen, zumal die Löhne der Aufsichter nicht so hoch sind, daß man sich steis nach Bergüngs umsehen muß. Also hinweg mit diesem Klimbimverein, schafft Euch einen festen Rückenhalt und verbessert Eure wirtschaftliche Lage. Das kann aber nur im Deutschen Transportarbeiter-Verband geschehen, dort werden Eure Interessen auf das wirtschaftste vertreten.

Also auf zur Agitation gegen diesen Kultischer-Klimbimverein.

Hoch der Deutsche Transportarbeiter-Verband.

Ein Kollege aus dem Marktbesitzerberuf, dessen Brief wir nachstehend zur Veröffentlichung bringen, zeigt, welch Gelleses Kinder die Gründer sind. Der Brief lautet:

Bittau, den 6. 3. 08.

An die Wohlhabende Ober-Polizei-Inspektion

Dresden-II.

Unterzeichneter erlaubt sich, bei obengenannter Ober-Polizei-Inspektion unterstänigst anzufragen: Ob in Dresden-II. oder -Neustadt ein Verein vom Handels- und Transportarbeiter-Verein (inst. Marktbesitzer) besteht für Kranken- und Unterstützungsstasse? Unterzeichneter fragt an im Auftrage seiner Mitarbeiter, da es unser Interesse ist, einen solchen Verein in Bittau und Umgebung ins Leben zu rufen.

Sie würde obengenannter Ober-Polizei-Inspektion im Namen meiner Kollegen sehr dankbar sein, wenn Sie mir würden umgehend die gewünschte Adresse dieses Vereins oder eines ähnlichen Vereins mitteilen.

Einer baldigen Antwort entgegenstehend

Grüßt unterstänigst

Oskar Augustin

Bittau, Kaiserstr. 7, II.

So geschehen im 20. Jahrhundert.

Allgemeines.

Worms. Unsere Verwaltungsstelle hat im vergangenen Jahr einen großen Fortschritt zu verzeichnen, beinahe um das Doppelte hat sie sich vergrößert, außerdem war das Jahr 1907 reich an Lohnbewegungen, welche alle zu Gunsten der Kollegen ausfielen. Es wurden 9 Lohnbewegungen in 14 Geschäften mit 84 Kollegen geführt, wo bei sämtlichen Bewegungen eine Erhöhung des Lohnes, die im

Durchschnitt 2,50 Mk. pro Woche beträgt, erzielt wurde. Besonders lähe war die Bewegung im Hobel- und Sägewerk, wo die Kollegen zwei Tage streiken mußten, um zu ihrem Rechte zu kommen, und der Unternehmer Gec alle Kraft aufzunehmen, die Lohnbewegung zu nichts zu machen; es kam aber doch zu einem Tarifabschluß.

Nach dieser erfolgreichen Bewegung trat der Christliche Transportarbeiter-Verband auf den Plan, um unsere Erfolge als zu kleinlich hinzustellen, obwohl doch die Erhöhung des Lohnes gleich 2,40 Mk. pro Woche, und ab 1. Mai wieder 1,20 Mk., also die Gesamterhöhung 3,60 Mk. betrug. Die Herren in Christo behaupten nun, sie hätten mehr erreicht, wenn die Arbeiter vom Sägewerk im Christlichen Verband organisiert gewesen wären. Es gelang auch den Christen, ein paar Kollegen uns abzutreiben und in ihren Verband zu bringen, doch es währt nicht lange, und die Kollegen lehnen ihnen wieder den Rücken, um wieder in unsere Reihen einzutreten. Große Wälder und die Faust im Sac ballen, das ist die Kampfweise der Herren. Wie die Herren Christen noch mit einem ihrer treuen Schädeln hineingefallen sind, beweist folgendes Stückchen: In dem Hobel- und Sägewerk besteht schon von jeher die Holzabgabe zu einem billigen Preis an die Arbeiter. Diese füllen ihre Säcke während der üblichen Pausen und geben die Zahl der gefüllten Säcke dem Werkmeister an. Dieser notiert dieselben und wird der Betrag dafür am Zahltag abgezogen. Nun hatten die Arbeiter noch den Vorteil, daß, wenn sie große Säcke hatten, und diese mehr wie einen Rentner Holz enthielten, dennoch nur ein Rentner gerechnet wurde. Der unfehlbare Christliche Arbeiter W. Gebhardt machte sich dieses zu nutze und gab zum Teile weniger Säcke an, als er in Wirklichkeit hatte; ja, es wurde sogar festgestellt, daß er vielmals kein Holz abgezogen bekam, jedenfalls weil er die christlichen Meister auf seiner Seite hatte. Der Werkmeister, welcher nicht zu den Christen zählt, dachte aber anders, denn er untersuchte vor ein paar Wochen mal die Geschichte und ertrappete den ehrlichen Wilhelm, als es wieder zwei große Säcke Holz zu wenig angab. Es wurde noch festgestellt, daß der Bruder in Christo auch Holz an Private abföhrt und noch ein schönes Stück Geld dabei verdiente. Die Sache wäre für uns gleichgültig, aber dieser Ordnungsmensch beschuldigte einen unserer besten Kollegen, daß er das Holz stehle usw., so daß unser Kollege gefündigt wurde. Nun ist der Christ sang- und klänglos aus dem Betrieb herausgekommen, und die Kollegen sind wieder frei von dem Sozialistenfresser. Auch bei den Möbelträgern sind uns leider ein paar untreu geworden, obwohl wir doch für sie einen schönen Tarif abgeschlossen haben, und der erzielte Mehrverdienst wöchentlich 10 Mk. beträgt. Wir richten auch an alle Ortsverwaltungen die Bitte, wenn unsere Möbelträger und Pader nach auswärts kommen, dieselben genau zu kontrollieren, ob sie auch organisiert sind oder nicht, denn sämtliche Mitglieder sind mit Legitimationskarten versehen und müssen diese auch immer bei sich führen. Im vorigen Jahr kam es häufig vor, daß Möbelträger und Fuhrleute behaupteten, sie seien organisiert, hätten aber ihr Portemonnaie vergessen und die darin befindliche Karte ebenfalls, was aber in Wirklichkeit gar nicht der Fall war. Darum richten wir an alle Kollegen das Erfuchen, jedem fremden Fuhrmann oder Möbelträger die Legitimationskarte zu kontrollieren, und wenn dieselbe nicht in Ordnung ist, das nötige zu veranlassen. Als Gegenleistung werden wir am Ort dasselbe tun.

Verschiedenes.

Wohndichte in deutschen Großstädten. In einer Veröffentlichung des Stat. Amtes der Stadt Düsseldorf über die dortigen Wohnungsverhältnisse findet sich eine interessante Zusammenstellung über die Wohndichte in einigen deutschen Großstädten, die wir, obwohl sie auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann, in nachstehendem wiedergeben wollen.

Städte	Von 100 bewohnten Grundstücken hatten Wohnungen:				
	1	2	3	4	5
Berlin	1900	8,1	2,6	2,5	3,1
Hamburg	1900	30,5	9,8	6,1	5,2
München	1900	12,8	7,7	7,1	5,6
Köln	1897	28,7	16,2	14,7	13,5
Frankfurt a. M.	1900	14,5	10,8	14,9	20,5
Düsseldorf	1905	24,8	11,0	12,8	10,2
Magdeburg	1900	11,1	9,0	7,9	17,6
Essen	1900	23,2	13,1	14,4	12,6
Elberfeld	1900	27,0	13,8	10,8	11,5
	1-5	5-10	11-15	16-20	21-80 über 80
Berlin	14,4	15,1	17,3	14,2	20,2
Hamburg	55,6	21,5	9,0	4,4	5,4
München	26,8	28,6	16,2	8,3	5,4
Köln	81,8	15,6	2,2	0,8	0,2
Frankfurt a. M.	75,5	21,8	3,5	0,8	0,8
Düsseldorf	65,7	28,4	5,1	0,6	0,2
Magdeburg	41,6	28,6	15,9	7,1	5,5
Essen	71,1	26,9	1,8	0,2	0,1
Elberfeld	70,9	25,0	3,7	0,4	-

Der kolossale Unterschied in der Baumweise der einzelnen Städte springt aus diesen Zahlen in die Augen. In Berlin, das bei weitem die ungünstigsten Verhältnisse aufweist, dominiert der Typus der großen Metropole, 53,2 p.C. der dortigen Grundstücke weisen über 15, 18 p.C. sogar über 30 Wohnungen auf. Umgekehrt hat Köln nur 0,6 p.C. Grundstücke mit über 15, dagegen 81,6 p.C. mit 1 bis 5 Wohnungen. Gleichfalls sehr günstig liegen die Verhältnisse in Essen, das überhaupt keine Grundstücke mit mehr als 30, dagegen 71 p.C. mit weniger als 6 Wohnungen und Elberfeld, das keine mit mehr als 20 und 70,9 p.C.

mit weniger als 6 Wohnungen aufweist. Das Einfamilienhaus -- teils als Villa, teils als Arbeiterhaus -- sind wir besonders stark vertreten in Hamburg (84,5 p.C.) und in Köln (28,7 p.C.).

Mitteilungen des Vorstandes.

Mit der Nummer 13 des "Courier" sandten wir nachstehend verzeichnetes Material:

1. Die Karte für das Kaiserlich Statistische Amt.
2. Fragebogen betr. Adressen-Verzeichnis der Gewerkschaftsunionäre.
3. Abrechnungsformulare.
4. Fragebogen betr. ab- und zweisender Mitglieder.
5. Fragebogen betr. Arbeitsnachweis für diejenigen Ortsverwaltungen, welche Arbeitsnachweise besitzen.

(Ab. 1, 3-5 sämtlich für 1. Quartal 1908.)

Der diesmaligen Nummer der Zeitung liegen bei die Fragebögen betr. Tätigkeit der Ortsverwaltungen für das 1. Quartal 1908.

Wir ersuchen dringend, die Ausschüttung der betreffenden Formulare zu beschleunigen und baldigst einzusenden. Die Karten für das Kaiserlich Statistische Amt müssen umgehend, die Fragebögen betr. Adressen-Verzeichnis der Gewerkschaftsunionäre bis zum 15. April d. J. eingangsandt werden.

Die Gauleitungen und Funktionäre ersuchen wir, strikte darauf zu achten, daß diejenigen Mitglieder, welche in Ortschaften ihr Domizil haben, in denen sie Verwaltungsstellen befinden, auch dasselbst ihre Beiträge entrichten. Solche Mitglieder jeder, die in Ortschaften wohnen, wo Verwaltungsstellen des Verbands nicht vorhanden sind, werden ass Einzelmitglieder geführt und müssen ihre Beiträge an die betreffenden Gauverstände abführen.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3, Abs. 7a des Verbandsstatus das Mitglied Kempin, Alfred, Spitzb. Nr. 2505 der Verwaltungsstelle Berlin II.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der nachstehend verzeichneten, der Verwaltungsstelle Berlin I angehörenden Kollegen: F. H. Klug, Mar., Spitzb. Nr. 63 772, eingetreten am 4. November 1907 und E. W. S. Gustav, Spitzb. Nr. 63 005, eingetreten am 29. Juli 1907.

Falls diese Bücher gefunden oder vorgezeigt werden, sind dieselben anzuhalten und an die Adresse des unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Zur Beachtung!

Nachstehend geben wir den Interessenten Kenntnis von der Abmachung in Sachen "Fensterpußer von 1904 zu Köln":

Köln, den 12. Februar 1908.

Vereinbarung.

Folgende Vereinbarung wurde heute zwischen dem Vertreter des Zentralverbandes, Gauleiter J. Mösel, den Kollegen G. Lehmann und Philipp Abels als Vertreter der Ortsverwaltung Köln einerseits und den ehemaligen Mitgliedern der Vereinigung Fensterpußer von 1904, H. Schönau, C. Giebler, R. Effgen, andererseits, getroffen.

Die ehemaligen "Vereinigten Fensterpußer" zahlen an den Centralvorstand die Summe von 286 Mk. (zweihundertsechsundachtzig) in einmaliger Rente.

314 Mk. (dreihundertvierzehn) sind von den "Vereinigten Fensterpußern" bereits abgetragen, so daß die Gesamtsumme von 600 Mk. (sechshundert) geleistet worden ist.

Somit sind die "Vereinigten Fensterpußer" aller Verpflichtungen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband gegenüber entbunden.

Das Abkommen wird im "Courier" bekannt gegeben.

Begläubigt und anerkannt:

Für die "Vereinigten Fensterpußer":
gez.: Heinrich Schönau, Cornelius Giebler,
Reinhold Effgen.

Für den Verband:

gez.: Jos. Mösel, G. Lehmann, Ph. Abels.
Der Verbandsvorstand:
J. A.: Oswald Schumann.

Bekanntmachung.

Für die Bezirksleitung Berlin suchen wir sieben Beitragsklassen. Bewerber müssen seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert, mit der Agitation unter den Verfassungsangehörigen vertraut und ortskundig sein.

Offertern sind unter Beifügung einer handschriftlichen Schilderung des bisherigen Lebenslaufes der Bewerber, sowie detaillierten Angaben über die Art und Dauer ihrer bisherigen Funktionärtätigkeit in der Organisation bis zum 15. April an den Verbandsvorstand zu richten.

Der Vorstand.

Berantwortlicher Redakteur: Franz Rettig, Berlin, Verlag der Buchdr. "Courier", O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dörr, Berlin, Adalbertstr. 87.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

Lehrplan für das 2. Quartal 1908:

M o n t a g : Gesetzeskunde. (Die Entwicklung des neueren deutschen Rechts. Bis zur Gründung des Deutschen Reichs.)

1. Der Ausbau der landesherrlichen Gewalt. Verfall des Rittertums. Die Landstände. Reichsgewalt und Landesfürsten. 2. Die Unterdrückung des Bauerstandes. Bauernaufstände. Die Einführung der Leibeigenschaft. 3. Das römische Recht. Auskommen des Berufsbeamten und der stehenden Heere. 4. Die Kirchenrevolution. Enteignung der Kirche. Staatskirchenamt. 5. Niedergang der Städtefreiheit. Verfall der Bünde. Die Gefeggebung gegen die Arbeiter. 6. Der Höhepunkt des Doppelismus. "Aufgeklärter Absolutismus." Das preußische Landrecht. 7. Der Zerfall des Reiches. Einwirkungen der französischen Revolution: "Selbstverwaltung" und "Bauernbefreiung". 8. Die staatlichen Umwälzungen von 1803 bis 1866. 9. Der Sieg der bürgerlichen Gesellschaft: Gewerbefreiheit und Konstitution. 10. Die Kämpfe um das Kirchenrecht. Partikularismus und Rechtseinheit.

Vortragender: Max Grünwald.

M o n t a g : Geschichte. (Aus der Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.)

Die konservative, nationalliberale, Zentrum- und freisinnige Partei in ihrem aktiven Verhalten gegenüber der praktischen Politik seit der Gründung des Deutschen Reichs. — Rückblick auf die Geschichte dieser Parteien in Preußen seit 1848. — Die Programme und theoretischen Grundsätze der bürgerlichen Parteien.

Vortragender: Julian Borchardt. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhaase, Ahornstr. 15a, statt.)

D i e n s t a g : Medierschule.

1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Freedsamkeit.

Die Redefunktion. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslahre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.

Vortragender: Max Grünwald.

D o n n e r s t a g : Nationalökonomie. (Theorie und Methode der Statistik.)

1. Begriff und Inhalt der Statistik als Wissenschaft. Die Geschäftigkeit gesellschaftlicher Massenerscheinungen. 2. Die Technik des statistischen Verfahrens. Zeit- und Kostenanschläge. Das Zählungsverfahren. Die Beobachtungen bei Zählungen und ihre Fixierung. Die Zusammenstellung. Die Darstellung der Ergebnisse. 3. Geschichte der amtlichen deutschen Statistik, i. v. der Arbeiterstatistik. 4. Statistische Leistungen und Aufgaben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen.

Vortragender: Max Grünwald.

S o n n a b e n d : Geschichte. (Geschichte des Wahlrechts und der Wahlrechtsbewegungen.)

1. Das englische Wahlrecht vom Mittelalter bis zur englischen Revolution. 2. Das Wahlrecht in England und Amerika während des 18. Jahrhunderts. 3. Die französische Revolution und das Wahlrecht bis zum Jahre 1792. 4. Das französische Wahlrecht von der ersten Republik bis zur Julirevolution. 5. Der Kampf um die Parlamentsreform in England. 6. Chartistenbewegung. 7. Französische Reformbewegung und Februarrevolution. 8. Das deutsche Reichstagswahlrecht seit 1848. 9. Geschichte des preußischen Wahlrechts. 10. Wahlrecht und Wahlrechtskämpfe in den letzten Jahrzehnten.

Vortragender: Dr. A. Conrad.

In Berlin beginnt der Unterricht in

Gesetzeskunde: Montag, den 6. April;

Medierschule: Dienstag, den 7. April; Nationalökonomie: Donnerstag, den 9. April; Geschichte: Sonnabend, den 11. April; Geschichte in Steglitz: Montag, den 6. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppenhaus, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Neul., Barnimstr. 42; Vogel, Lohringstr. 37; Thielow, Ravenstr. 6; Hirsch, Engel-Ufer 15; Schellhaase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Alle Zuschriften sind an den Vorstand Otto Geithner, Berlin N. 18, Friedenstr. 70 III, rechts, Geldsendungen an den Kassierer H. Höngg, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle wird in einigen Monaten in das eigene Heim Albrechtstraße 41 (im Westen der Köpenickerstr.) übersiedeln. Bis dahin bleibt die Lesehalle noch in den alten Räumen Alexandrinenstraße 26 dem Publikum in der bisherigen Weise zugänglich. Die Ausleih-Bibliothek wird dagegen Ende März bis auf weiteres geschlossen.

Verwaltung Berlin I.

Hausdiener und Packer aus der Leinen-, Baumwoll-, Textil-, Konfektion-, Manufaktur-, Stoff- und Tuchbranche.

Am Donnerstag, den 9. April 1908, abends 8½ Uhr,

Große Versammlung

in den „Musiksaal“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Verschiedenes.

Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es unbedingte Pflicht aller in obengenannten Branchen beschäftigten Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Markthelfer, Hausdiener und Boten aus den Buchhandlungen, Kolportage- und Lesezirkeln.

Um die Agitation in unseren Reihen erfolgreicher betreiben zu können, ersuchen wir alle Kollegen obiger Branchen nochmals, ihre genaue Adresse nebst Buchnummer und Firma, bei welcher sie beschäftigt sind, dem Bureau, Adlerstr. 51, unter der Aufschrift „Buchhandel“ mitzuteilen.

Die Agitationskommission. J. A.: Luckow.

Textil- und Stoff-Branche.

Sektion der Leinen-, Baumwoll-, Woll-, Tricotagen-, Stoff- und Tuchbranche.

Die Sitzung der Sektionsleitung findet wegen der obigen Versammlung nicht statt.

Kollegen und Kolleginnen aller Branchen aus dem Handels- und Transportgewerbe.

Am Montag, den 6. April 08, abends 8½ Uhr,

Große Versammlung

in den „Neuen Atmühlen“, Kommandantenstr. 58-59.

Tages-Ordnung: 1. „Die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe“. Referent: Redakteur Hans Block. 2. Diskussion und Beschlussfassung. 3. Geschäftliches.

Einen zahlreichen Besuch erwarten

Die Bezirksleitung.

Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Verleih-Firmen Berlins.

Montag, den 6. April, abends von 7—9 Uhr, findet im Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstr. 1a, die Abstempelung der Kontrollkarten statt. Erscheinen jedes Kollegen Vertrauensnamen dringend notwendig.

Die Branchenleitung. J. A.: Wilh. Müller.

Sektion der Einkassierer u. Kassenboten.

Am Donnerstag, den 9. April 1908, abends 8½ Uhr,

Große Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 8).

Tages-Ordnung:

1. Der preußische Wahlrechtskampf. Referent: Kollege Otto Franke. 2. Diskussion. 3. Abstempelung der Kontrollkarten. 4. Ausgabe des Flugblattes. 5. Verschiedenes.

Die überaus wichtige Tagesordnung, insbesondere die Ausgabe des Flugblattes macht es jedem Kollegen zur Pflicht, für einen guten Besuch dieser Versammlung rege zu agitieren.

Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Beiträge können bezahlt und neue Mitglieder aufgenommen werden.

Die Agitationskommission.

J. A.: Friedr. Luckow.

Herrenparade nach Rüdersdorfer Kalkberge

am Churfesttag, den 17. April.

Treffpunkt der Kollegen morgens 7½ Uhr Schlesischer Bahnhof, Vorort-Bahnhof. Abfahrt mit 8 Uhr-Zug bis Friedrichshagen. Für Nachzügler bis 10 Uhr im Lokal E. Conrad, Friedrichstraße 137 (dort Frühstückspause). Weitermarsch 10¼ Uhr über Rahnsdorf nach Kalkberge.

A u f r u f !

Mitglieder aller Branchen!

Die organisierten Abzählungen, Versicherungen und Automaatenkassierer beschlossen in ihrer letzten Zusammenkunft zwecks Festigung der Organisation eine Kontrollkarte einzuführen.

Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen, sowie die gesamte deutsche Arbeiterschaft von nun ab nur noch mit modern organisierten Einkassierern und Agenten Geschäfte irgend welcher Art abschließt.

Wer nicht im Besitz der von unserem Verband herausgegebenen Kontrollkarte ist, dem weise man ohne weiteres die Tür. Hinaus mit den Leuten, die nicht mit uns fühlen, mit uns denken wollen. Kein „Unorganisierter“ darf Zutritt zur Wohnung eines organisierten, modern denkenden Arbeiters finden. Ganz besonders bitten wir auf die sogenannten „Sonntagskassiere“ zu achten, einer Kategorie von Leuten, welche die vitalsten Interessen der Arbeiterschaft verleben.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsmäßig in jedem Quartal abgestempelt ist.

Kollegen und Kolleginnen! Wir richten an Euch das Eruchen, diesen Aufruf zu beachten und streng danach zu handeln. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl.

Die Agitationskommission.

J. A.: Friedr. Luckow, Berlin N. Fehrbellinerstr. 8

Kollegen der Verwaltung I.

Zu der am Sonntag, den 5. April 1908, nachmittags 3 Uhr, im „Central-Theater“, Alte Jakobstr., stattfindenden 3. Aufführung:

„Freiheitsdrang“.

Ein Stück aus dem Leben in 6 Bildern vom Kollegen Otto Popper sind durch die Kollegen Haerling und Bergens ausnahmsweise Billets zu ermäßigten Preisen, 50, 75 Pf. und 1 M., im Bureau, Adlerstr. 51, zu haben.

Zur Agitation betreffs Einführung des 6 Uhr-Postschlusses bedürfen wir noch einiger Kollegen als Vertrauensleute zwecks Ausfüllung von statistischen Fragebögen auf den einzelnen Postämtern Berlins. Wir bitten die Kollegen, welche bereit sind obiges Amt zu übernehmen, uns umgehend ihre Adressen nach dem Bureau, Alte Leipzigerstr. 1, zugehen zu lassen.

Die Kommission
zur Herbeführung des 6 Uhr-Postschlusses.

Noranzeige!

Sonntag, den 31. Mai 1908:

Frühlingsfest

in der Brauerei Friedrichshain.

Konzert. — Spezialitäten. — Großer Ball.
Alles Nähere nächste Beilage.

Das Komitee.

Wir machen unseren Mitgliedern zur Pflicht, jede Wohnungsveränderung dem Bureau oder dem Bezirksvertriebskassierer sofort unter Angabe der alten Wohnung, der Ortsnummer und Eintrittsdaten zu melden, damit durch die unliebsame Unterbrechung der Beitragsklassierung keine Schmälerung der statutarischen Regeln eintritt.

Den Betriebs-, Bezirks- sowie Distriktsführern zur Kenntnis, daß der Kollege Meissner zur Abrechnung des Monats März am Donnerstag, den 9. April, bis 10 Uhr abends im Bureau anwesend ist.

Die Verwaltung.

Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus des Gewerkschaftshauses haben die bisherigen Büro-Zimmer eine andere Nummerierung erhalten. Die Zimmer unseres Verwaltungsbüros sind jetzt wie folgt nummeriert worden: Kranken-Abfertigung bisher Nr. 17 jetzt Nr. 31, Kassierer bisher Nr. 16 jetzt Nr. 32, Registratur bisher Nr. 15 jetzt Nr. 33, Beauftragter-Sekretär und Auskunftszimmer bisher Nr. 13 jetzt Nr. 43/44.

Übertragungszimmer bisher Nr. 14 jetzt Nr. 42. Wir bitten die Verbandskollegen dies zu beachten und bei eventuellen Einsendungen, Briefen, Schriftstücken etc. hierauf Bezug zu nehmen.

Alle diejenigen Verbandsmitglieder, welche ihre Wohnung bei dem Frühjahrs-Umzugstermin gewechselt haben, werden dringend ersucht, ihre neue Adresse beim Verwaltungsbüro anzugeben. Um besten geschicht dies auf schriftlichem Wege und ist hierbei darauf zu achten, daß die Mitglieds-Nummer sowie die bisherige und die neue Adresse angegeben wird.

Bei den Wohnungsummeldungen haben diese Kollegen, welche als Betriebsvertraulente fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß bei Erkrankungen verschiedentlich die Kollegen dem Verwaltungsbüro hervon zu spät Mitteilung machen oder aber sich erst nach Beendigung der Krankheit melden. Wir machen daher die Kollegen dringend darauf aufmerksam, die statutarischen Vorschriften genau zu befolgen. Die unterstützungsberechtigten Mitglieder sind hierauf verpflichtet, im Erkrankungsfalle dies sofort dem Verwaltungsbüro, Zimmer 31, zu melden. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen.

Die Auszahlung von Unterstützungen erfolgt des Vormittags von 10—2 Uhr, ebenfalls werden nur in dieser Zeit Krankmeldung entgegen genommen.

Weiter empfiehlt es sich, daß die Mitglieder bei besonderen Eingaben und Besuchen stets ihr Verbandsbuch mit einsetzen. Bei eventuell vorkommenden Rechtschutzgesuchen werden die Kollegen ganz besonders darauf hinweisen, hieron die Verwaltung so schnell wie möglich in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Besuche laufen Gefahr, berücksichtigt werden zu können.

Angesichts der noch immer herrschenden großen Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Aushilfe oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15, Zimmer 48, zu melden. Telefon: Umt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Von Montag, den 8. April, ab wird der Nachweis wieder wie gewöhnlich des morgens um 7 Uhr geöffnet.

Ferner geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß das Buch Dreher-Schumann „Ein Auschnitt aus der Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrs-

arbeiter-Bewegung“ zum Preise von 3 Mr. im Verwaltungsbüro zu haben ist. Auch können die Kollegen dieses Buch bei ihrem Betriebs- oder Bezirkstassierer bestellen.

Wir empfehlen jedem Kollegen, welcher sich über die Geschichte und das Werden unserer Organisation unterrichten will, sich dieses Buch anzuschaffen. Das Buch ist ganz besonders geeignet, unseren Kollegen bei der Agitation erfolgreiche Dienste leisten zu können.

Die Verwaltung II.

Fensterputzer.

Große Versammlung

am Donnerstag, den 9. April 1908, abends 6 Uhr, bei Engel, Seidelstr. 30.

Tages-Ordnung:

1. „Die Taktik der Unternehmer und unsere Stellungnahme“. Referent: Kollege F. Lambrecht.
2. Diskussion.
3. Geschäftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Sektionsleitung. J. A.: F. Lambrecht.

Kollegianen und Kollegen aus allen Branchen Tempelhofs und Mariendorfs

Am Sonntag, den 5. April 1908, abends 6 Uhr,

Große Versammlung mit Frauen

bei Martin Müller, Berlinerstr. 40-41.

Tages-Ordnung:

1. „Die preußische Dreiklassenschmach“. Referent: Kollege O. Schenk.
2. Diskussion.
3. Geschäftliches.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß Ihr alle Mann zu dieser Versammlung erscheinen und Eure Freunde und Kollegen, sowie auch Eure Frauen mitbringen.

Nach der Versammlung:

■ Gemütliches Beisammensein. ■

Die Bezirksleitung. J. A.: Fr. Helmchen.

Kollegen aus allen Betrieben der Metall- und Elektro-Industrie.

Der von der Sektionsleitung arrangierte Vortrag der Urania findet Sonntag, den 12. April 1908, nachmittags 4 Uhr, in dem Uraniagebäude, Taubenstraße 48/49, statt.

Billetts sind zum Preise von 70 Pf. bei allen Betriebsvertraulentsleuten und außerdem bei den Obmannen, den Kollegen Staub, Koloniestraße 138, Kuselewitz, Usedomstraße 27, 4 Tr., Kunst, Kolbergerstr. 7, 3 Tr., Nordmann, Springstr. 25, 1 Tr., Altenstr., Rixdorf, Herfurthstr. 5, zu kaufen. Die Garderobe ist im Preise mit eingerechnet. Bei der Entnahme sind die Billets sofort zu bezahlen.

Mit kollegalem Gruß

Die Sektionsleitung. J. A.: Karl Fromke.

Mitglieder sämtl. Verwaltungen der Bezirke Rixdorf und Britz.

Am Sonntag, den 5. April 1908, abends 6 Uhr, bei Thiel, Rixdorf, Vergstr. 150—151:

Rezitation

des russischen Revolutions-Dramas: „Am Vorabend“.

Rezitatorin: Frau Regina Rubin.

Willet 10 Pfennig. Willet 10 Pfennig.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt!

Während des Vortrages ist das Rauchen nicht gestattet!

Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein.

Die Kollegen mit ihren Frauen sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen und erwarten wir ein zahlreiches Erscheinen.

Die Agitationskommission von Rixdorf und Britz.

J. A.: Straube.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Großdistillations-, Wein- und Bierbetrieben Groß-Berlins.

Am Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, bei Engel, Seidelstraße 30.

Große Monatsversammlung mit Frauen

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Koll. F. Lambrecht über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kreise und ihre Bedeutung für die Arbeiterchaft“.
2. Diskussion.
3. Geschäftliches.
4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, für einen guten Besuch agitieren zu wollen.

Ferner diene den Kollegen zur Kenntnis, daß unsere diesjährige Herrenpartie am 28. Mai (Himmelfahrt) stattfindet. Dieselbe erstreckt sich von Berlin (Siettiner Bahnhof) bis Cöllnwalde-Choern und zurück. Das Nähere wird noch in den Monatsversammlungen sowie im Courier bekannt gemacht.

Die Sektionsleitung. J. A.: Friedr. Vogt.

Kolleginnen und Kollegen aus Oberschöneweide.

Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr.

Gr. Versammlung mit Frauen

im Lokale von Schulte, Wilhelmshofstr. 43.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Jakobsohn über: „Der Indifferenzismus und wie bekämpfen wir denselben?“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Die Kollegen werden ersucht, für einen guten Besuch der Versammlung agitieren zu wollen.

Nach der Versammlung:

■ Gemütliches Beisammensein mit Tanz. ■

Die Bezirksleitung. J. A.: Al. Bode.

Verwaltung Berlin IV.

Automobilführer!

Am Freitag, den 10. April 1908, abends 9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, unsere

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung wird noch bekannt gegeben.

Es ist Pflicht aller Kollegen, welche nicht durch Dienst behindert sind, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation am Saal-Eingang vorzuzeigen.

Die Sektionsleitung
der Automobilführer.

Die außerordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsgenossen „Eintracht“, G. H. S. Nr. 80, Berlin, Steinstr. 17, findet am

Freitag, den 24. April, abends 9 Uhr, in den „Musiksaalen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, statt.

Die Tages-Ordnung wird im nächsten Mitteilungsblatt bekannt gegeben.

J. A.: Sühr.

Berliner Lohales.

Mehr Sand. Legion sind die Beschwerden und Petitionen, welche eingereicht worden sind, um eine bessere Pflege des Asphalt, sowie des Pflasters überhaupt, herbeizuführen, aber genutzt haben dieselben bis heutigen Tages sehr wenig. Wenn es auch mitunter schien, als ob man Anläufe zur Besserung machen wolle und mitunter auch gemacht hat, so dauerte es nur kurze Zeit, und man verschaffte wieder in den alten Schlundian. Wir können uns dies nur so erklären, daß man die Anweisungen, welche für diese Zwecke gegeben worden sind, einfach wieder außer Acht gelassen hat.

Ist das der Fall, so kann man dies nur der mangelnden Aufsicht zuschreiben, und müßte in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden. Kann man sich zu einer durchgreifenden Pflege des Pflasters aus irgend welchen Gründen nicht einlassen, so sollte man aber wenigstens im Frühjahr und im Herbst sich dieselbe mehr angelegen sein lassen. Im Frühjahr kommt es, bekanntlich oft vor, daß Nachfahrt mehr oder weniger vorhanden sind, und da um diese Zeit mit der Sprengung und dem Waschen des Asphalt begonnen wird, so entstehen oftmals die schärfsten Eisbahnen, welche den Pferden sowie den Führern derselben zum Verhängnis werden, indem die Pferde stürzen, sich die Knochen und am Wagen die Scheerbäume zerbrechen. Dies könnte sehr leicht vermieden werden, wenn gleich nach dem Waschen gehörig Sand gestreut würde. Wir sagen gehörig, und zwar aus dem Grunde, weil dies entweder garnicht oder in ganz ungenügender Weise geschieht. Weshalb und warum dies so gehandhabt wird, ist nicht recht zu er-

gründen, denn es kann doch wirklich auf etwas mehr oder weniger Sand nicht ankommen, oder will man dadurch verhindern, daß zu viel Staub durch Zersfahren des Sandes herbeigeführt wird? Dies können wir aber keineswegs garnicht annehmen, denn wenn z. B. eine Autofahrt zu Hofe stattfindet, so ist die Straße Unter den Linden, Opernplatz usw. fingerdick gestreut, was also dort geschieht, kann auch, wenn es außerst notwendig ist, wie jetzt, überall geschehen. Aber nicht nur Asphaltstraßen, sondern auch die mit Steinpflaster versehenen, werden vernachlässigt und nicht so behandelt, wie es der Verkehr erfordert. Wir greifen hier nur die Chausseestraße heraus, über welche wohl fortwährend Klagen geführt werden. Dieselbe müßte, besonders bei feuchter Witterung, mehrmals des Tages gestreut werden. Da die Straße nach den Bürgersteigen zu viel Neigung hat, so wird durch den Verkehr mit den Automobil-Omnibussen die Glätte des Pflasters sowie die Schleppfrigkeit desselben bedeutend vermehrt, so daß dieselbe mitunter für andere Fuhrwerke vollständig unbefahrbar ist. Hier kann eben nur ausreichendes Bestreuen mit Sand oder Kies helfen, so lange dies nicht geschieht, werben auch die Klagen nicht verstummen. Vielleicht tut der Herr Direktor der Straßenreinigung ein Übriges und kommt dem hier geäußerten Wunsche um „mehr Sand“ nach.

Am Dienstag, den 24. März d. J., hat ein Kollege von einem anderen eine Luftpumpe geliehen. Da der Kollege, von dem er sie geliehen, plötzlich Fahrgäste erhielt, wurde die Pumpe nicht wieder zurückgegeben. Es wird gebeten, dieselbe im Vereinsbüro, Schillingstr. 6, abzugeben.